



# Bürger und Bauer erwache!



Der Freiheit gewidmet

VON \* \* \*

Theodor Torkel  
(Ministerpräsident  
a. d. Oldenburgs)

Preis: 0.50 RM.



6 25024 R

# Bürger und Bauer erwache!

Gegen die nationalsozialistischen Reichszerstörer!

Für ein freies Deutschland!

Von \* \* \*



# Inhalts-Verzeichnis



	Seite
<b>Einleitung</b> .....	5
<b>Das Programm</b>	
I. Außenpolitik .....	6
II. Innenpolitik .....	7
III. Kultur und Recht .....	12
IV. Wirtschaftspolitik .....	15
V. Agrarpolitik .....	22
VI. Die Rassenfrage .....	24
<b>Unklarheiten</b> .....	26
<b>Agitation und Organisation</b>	
I. Organisation .....	27
II. Die Führer .....	28
III. Die Agitationsmethoden .....	30





**A**m 14. September 1930 hat das deutsche Volk 107 nationalsozialistische Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Hunderttausende von Volksgenossen hatten in den Wochen und Monaten vorher durch eine sich immer schwerer auswirkende Weltwirtschaftskrise ihre Existenz verloren. Die Belastung mit Steuern und Abgaben — zum Teil eine Folge der Ausgabefreudigkeit von Behörden und Parlamenten in Reich, Ländern und Gemeinden — war immer unerträglicher geworden. Die Annahme des Youngplanes hatte zwar eine erhebliche Zahlungsverminderung und die Räumung der Rheinlande gebracht, ließ aber die furchtbare Perspektive einer Belastung von zwei Generationen deutscher Menschen mit Tributen bedrückend aufsteigen. Dazu die Unfähigkeit der zersplitterten Reichstagsparteien, eine starke Regierung zu bilden, — die Vetternwirtschaft, die Parteiangehörige, ohne nach der Tüchtigkeit zu fragen, versorgte, — die Korruptionsfälle, insbesondere in der Berliner Gemeindeverwaltung: alles das bewirkte eine Mißstimmung gegen das parlamentarische System, die ihren Ausdruck in schärfstem Protest suchte.

Nun sind viele Monate ins Land gegangen. 107 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete haben zeigen können, was sie zu leisten vermochten. Sie haben im Parlament Reden gehalten und in den Ausschüssen gearbeitet. Waren sie vorher eine kleine, wenig beachtete Gruppe gewesen, von der man nur wußte, daß sie gegen den heutigen Staat kämpfte, so wurde nun ihr Programm in das volle Licht der Oeffentlichkeit gerückt. Was ist der Erfolg gewesen?

Der Erfolg war, daß die zweitstärkste Fraktion des Reichstags am 10. Februar geschlossen aus dem Parlament auszog. Sie verzichtete auf die weitere Mitarbeit, sie bekannte, daß ihr Programm praktisch nicht verwendbar sei. Sie ließ die Regierung Brüning, die erste, die seit Jahren wieder einen entschiedenen Kurs der Sanierung eingeschlagen hatte und mit Energie für Spar-samkeit und gegen den Kuhhandel der Parteien wirkte, allein. Sie beschränkte sich auf die Agitation für ein „Drittes Reich“, dessen ferne Umrisse schon genügt hatten, um Milliarden deutscher Gelder ins Ausland zu vertreiben und Auslandskredite größeren Umfangs zu verhindern.

Unfähig zu ernsthafter Arbeit, zogen sich die Nationalsozialisten auf das zurück, was sie allein können: auf politische Reklame und Versammlungsreden. Aber was 64 Millionen deutscher Volksgenossen der Agitation einer kleinen Partei geglaubt hatten — daß sie praktisch würde helfen können, das war nun nach fünf Monaten als falsch erwiesen. Programme und Reichstagsarbeit der Abgesandten Hitlers sind unbrauchbar. Sie vertrugen es nicht, den Tatsachen gegenübergestellt zu werden. Hitler kann Deutschland nicht regieren. Das beweist die Untersuchung seiner Theorien, das lehrt die Beschäftigung mit seiner Praxis.

# Das Programm.

Das Programm, das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei am 25. Februar 1920 der Öffentlichkeit in 25 Punkten übergeben hat, enthält kurz zusammengefaßt und kritisch beleuchtet folgende Punkte:

## I. Außenpolitik.

Nationalpolitisch wird die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens verlangt, die Aufhebung der Friedensverträge, die Zuteilung von Kolonialgebieten.

Groß-  
Deutschland

Das Verlangen nach dem großdeutschen Staat ist jedem deutschen Volksgenossen selbstverständlich. Es findet seinen Niederschlag in den Programmen aller deutschen Parteien. Tatsächlich haben aber die Nationalsozialisten seiner Verwirklichung bisher nur Hindernisse in den Weg gestellt. Der erste Schritt zur Errichtung des großdeutschen Reiches muß der **A n s c h l u ß O e s t e r r e i c h s** sein. Der österreichische Nationalsozialismus — Hitler selbst ist bekanntlich Oesterreicher — hat aber alles getan, um dem Anschlußgedanken Schwierigkeiten zu bereiten. Insbesondere hat er ein enges **B ü n d n i s** mit **I t a l i e n** und **U n g a r n** gesucht, obwohl die Bindung Oesterreichs an diese beiden Staaten die Gemeinschaft mit dem Reich erschweren oder gar verhindern müßte. Das Zusammengehen der Hitler-Bewegung mit den Ländern Mussolinis und Horthys entspringt lediglich dem parteipolitischen Bedürfnis enger Gemeinschaft mit den dort herrschenden Faschisten, nicht nationalpolitischen Zielen und Ideen. Der Verrat der Nationalsozialisten an dem deutschen, widerrechtlich von Italien annektierten Südtirol ist zu bekannt, als daß noch im einzelnen darauf eingegangen zu werden brauchte. Hitler hat hier, als ein Verzicht auf großdeutsches Gebiet ihm parteipolitische Vorteile bringen konnte, **n a t i o n a l v e r s a g t**; das muß immer wieder festgestellt werden. Er ist auch sofort dem Hirngespinnst einer **I n t e r n a t i o n a l e** der Nationalisten nachgelaufen, als der Franzose Hervé Neigung zeigte, über einen Zusammenschluß der Chauvinisten verschiedener Länder zu debattieren, und als der englische Zeitungslord Rothermere, ein Mann jüdischer Abstammung, nach dem 14. September 1930 den Hitleranhängern die Spalten seiner durch die Hetze gegen Deutschland berüchtigten Blätter öffnete. Wenn die deutschen Nationalisten durch ihr Techtelmechtel mit ausländischen Gesinnungsgenossen etwas Verständiges für Deutschland zustandebrächten, so ließe sich über den Verrat, den sie hier an ihren völkischen Prinzipien begehen, hinwegsehen. Tatsächlich ist aber Hervé ein beinahe komischer Außenseiter, Rothermere ein extravaganter Sonderling, der mit allen einflußreichen Persönlichkeiten der englischen Konservativen wie der sämtlicher anderer Parteien in ständigem Kampf liegt.

Aufhebung  
der Friedens-  
verträge

Die Aufhebung der Friedensverträge ist auf diesem Wege sicher nicht zu erreichen. Es handelt sich hier um eine **M a c h t f r a g e**. Das Wort des thüringischen Staatsministers Frick, daß „in der entscheidenden Stunde das deutsche Volk von selbst Waffen und Bundesgenossen finden“ würde, ist eine ebenso dumme und inhaltlose Phrase wie das Hitlerwort, daß „wenn ein Volk die Freiheit will, ihm die Waffen von selbst aus der Hand wachsen“. Frankreich hat nach 1870 mehr als 40 Jahre gewartet, bis ihm die Stunde zur Wiedererlangung



verlorenen Gebietes günstig schien. Wer unbesonnen das Reich durch falsche Einschätzung der eigenen Stärke in Konflikte stürzt, denen es nicht gewachsen ist, führt die furchtbarsten Gefahren herauf. Hält Hitler Mussolini als einzigen Bundesgenossen für stark genug, um die sämtlichen Westmächte und ihre Trabanten in Osteuropa zum Kampf fordern zu können? In der Außenpolitik der Nationalsozialisten findet man keinen anderen Gedanken als den des Zusammengehens mit dem faschistischen Italien, das militärisch und wirtschaftlich Frankreich nicht entfernt gewachsen ist. Sie sehen nicht die wachsende Macht Amerikas, nicht den Verfall des zersplitterten, in sich uneinigen Europas. Daß eine Form e u r o p ä i s c h e r Z u s a m m e n a r b e i t gefunden werden muß, die Deutschlands gerechten nationalen Forderungen entspricht, daß sonst die alte Welt neben der einigen, starken und reichen neuen Welt langsam zugrunde geht, dieser Gedanke existiert für die Nationalsozialisten nicht. Sie deklamieren über den Kampf gegen den „Mammonismus“; die nationalpolitischen Folgerungen jedoch, die in einem Zusammenschluß der Schuldnerstaaten ganz Europas gegen das reiche und unbarmherzige Gläubigerland jenseits des Ozeans bestehen müssen, ziehen sie nicht.

Die Nazis verlangen die Beseitigung des Y o u n g p l a n s und wissen nicht einmal, daß die deutschen Zahlungen an die europäischen Staaten doch nur Amerika zugute kommen. Natürlich denkt niemand in Deutschland daran, die vom Youngplan festgelegten Summen 58 Jahre lang zu zahlen. Immerhin brauchen wir nach den Abmachungen von 1930 zur Zeit jährlich 1,7 Milliarden zu bezahlen, während es nach dem Dawesplan 2½ Milliarden waren. In zähem Kampf hat Stresemann die Tributsumme von 132 Milliarden, die uns 1921 auferlegt wurde, auf die heutige von 34 Milliarden heruntergedrückt. Auf diesem Wege müssen wir konsequent fortschreiten, dann werden wir die Befreiung von den Tributen erreichen, ohne daß uns eine Einheitsfront der Weltkriegsgegner wirtschaftlich vernichtet, von alledem hörte man bei den Nazis nicht das geringste.

Aber nicht einmal der große Gedanke des m i t t e l e u r o p ä i s c h e n Z u s a m m e n s c h l u s s e s findet sich im außenpolitischen Programm der Hitlerbewegung. Eine Partei freilich, die nur Unterdrückung aller nationalen und religiösen Minderheiten kennt, kann die freie und gleichberechtigte Eingliederung der Völker verschiedenster Rasse von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer in ein föderalistisches mitteleuropäisches Staatensystem unter deutscher Führung nicht verwirklichen. Deshalb geht der Nationalsozialismus den großen und aktuellen nationalpolitischen Problemen des deutschen Volkes aus dem Wege; sie berühren ihn nicht. Er steht gar nicht in Kontakt mit der wirklichen Welt. Er begnügt sich damit, Kolonien zu verlangen. Aber Siedlungskolonien sind kaum noch zu haben, und der Kolonialgedanke erfordert in der Praxis riesige Summen, über die Deutschland in der nächsten Zukunft nicht verfügt.

Mitteleuropa

## II. Innenpolitik.

Die staatspolitischen Forderungen der Nationalsozialisten sind in gleicher Weise weltfremd, lückenhaft und gefährlich. Staatsbürger soll danach nur der V o l k s g e n o s s e sein. Wer nicht staatsbürgerliche Rechte genießt, kann bei Arbeitsmangel ausgewiesen werden. Vom nationalpolitischen Standpunkt ist das außerordentlich bedenklich. Denn auch nach der Verwirklichung

Die Minderheiten

der großdeutschen Idee werden Millionen von Deutschen im weiten Raum des östlichen und südöstlichen Europa unter fremden Völkern verstreut als Minderheiten wohnen, weil sie durch die historische Entwicklung zum Teil weit vom geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet abgesprengt worden sind. Man denke nur an die Siebenbürger Sachsen, an die Deutschen in Wolhynien und der Bukowina. Würden nach nationalsozialistischem Programm in Deutschland alle Minderheiten unter Fremdenrecht gestellt, so würden im Ausland die deutschen Minderheiten natürlich in gleicher Weise innerhalb ihrer Staaten rechtlos gemacht werden und stets von der Ausweisung bedroht sein. Hitler schafft geradezu dem von der ganzen Welt verurteilten polnischen Unterdrückungssystem eine theoretische Rechtfertigung. Also auch hier ein völliges Versagen gegenüber den nationalpolitischen Bedürfnissen des Deutschtums!

Ämterschacher

Eines sympathischen Widerhalls in der Öffentlichkeit kann dagegen der Programmpunkt sicher sein, der sich gegen die Besetzung von öffentlichen Ämtern nach Parteigesichtspunkten wendet. Leider ist die nationalsozialistische Praxis der theoretischen Forderung durchaus entgegengesetzt. Kaum waren zwei Vertreter Hitlers in kleinen Ländern in Ministerämter gelangt, als der übelste Ämterschacher bereits seinen Anfang nahm. In Thüringen und Braunschweig wurden bewährte alte Beamte abgesetzt, weil ihre Parteistellung den nationalsozialistischen Ministern nicht gefiel. So in Thüringen der Ministerialdirektor J a h n , in Braunschweig der Regierungs- und Schulrat V o g e l s a n g. Keiner von ihnen war übrigens „Marxist“ oder Jude, die nationalsozialistischen Minister beschränken sich bei ihrer Verfolgung Andersdenkender nicht etwa auf diese beiden Kategorien! Im Thüringer Volksbildungsministerium wurden von dem Nationalsozialisten Frick drei Angehörige seiner Partei neu eingestellt. Und in das führende Schulamt des braunschweigischen Staates wurde ein Nationalsozialist eingesetzt, der Mittelschullehrer K l a g g e s , der nie in einer leitenden Stellung gewesen war und keinerlei Qualifikationen besaß. Er hatte nur einen einzigen Vorzug, nämlich seit Jahren als nationalsozialistischer Agitator herumgereist zu sein. Nicht genug damit forderte der nationalsozialistische braunschweigische Landtagspräsident Z ö r n e r Anfang Januar 1931 in öffentlicher Versammlung in Braunschweig zur Nennung von Beamten auf, die man gleichfalls absetzen könne. Die Massen wurden ausdrücklich zur Denunziation von Beamten aufgerufen; das Hineinreden von unorientierten und kenntnislosen Parteigenossen in die Verwaltung wurde zum System erhoben. Auch die sonst so nachdrücklich vorgetragenen S p a r s a m k e i t s w ü n s c h e werden r ü c k s i c h t s l o s v e r n a c h l ä s s i g t , wenn es die Parteipolitik verlangt. Z. B. beschloß die O l d e n b u r g e r Stadtratsmehrheit, die aus 18 Nationalsozialisten und 3 Deutschnationalen besteht, die Absetzung des dortigen Oberbürgermeisters, obgleich es sich um einen altbewährten nicht „marxistischen“ und parteipolitisch nicht gebundenen Verwaltungsfachmann handelt und die Stadt durch seine vorzeitige, nur von parteipolitischen Wünschen diktierte Pensionierung finanziell schwer belastet würde.

Die  
Pensionsfrage

Wie sehr immer wieder Prinzip und Praxis bei den Nationalsozialisten miteinander in Widerstreit geraten, sieht man auch in der Frage der Beamtenpensionen. Im Programm begnügen sie sich damit, für die anderen Volksschichten eine Altersversorgung zu fordern, wie sie die Staatsbeamten genießen, was natürlich — darauf wird später noch einzugehen sein — aus finanziellen Grün-

den ein unmögliches Verlangen ist. Im Wahlkampf müssen die hohen Pensionen als Hauptagitationsmittel erhalten. Da aber in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion 15 ehemalige Offiziere sitzen und inzwischen auch einige Parteifreunde Minister geworden sind — Minister Frick hat sich in Thüringen eine besonders günstige Regelung seiner Ansprüche ausmachen lassen —, wurde der Kampf gegen die hohen Pensionen plötzlich abgebrochen. In der 11. Sitzung des neuen Reichstages am 9. Dezember 1930 erklärte der Abg. Sprenger, daß die nationalsozialistische Partei „die Regierungsvorlage, die die Kürzung der hohen Pensionen vorsieht, ablehne, weil sie die Beamtengrundgesetze und Grundrechte verletze“. „Wenn es schon Grundrechte gibt...“ — so erklärte Sprenger wörtlich — „dann ist für den höchsten Beamten die höchste Prämie einbehalten worden; mithin hat er grundsätzlich Anspruch auf eine seiner Prämie entsprechende Höchstpension“. Auf Zwischenrufe hin versprach er dann wenigstens eine „vorsichtige Untersuchung, wie weit Höchst- und Großpensionen abgebaut werden könnten“. Es ist dabei zu beachten, daß die Regierungsvorlage lediglich eine Kürzung von Pensionen über 9000 RM. in gewissen besonders gelagerten Fällen vornehmen wollte. Schon das war denselben Leuten zu viel, die sich in der Agitation gegen die großen Pensionen nicht genug tun konnten.

Wenn der Programmpunkt, der sehr allgemein gehalten, **Verbote von Druckschriften** für den Fall der „Verletzung des gemeinen Wohls“ verlangt, in die Praxis umgesetzt werden würde, so würden die nationalsozialistischen Blätter dabei außerordentlich schlecht abschneiden. Die Hetze, die sie betreiben, schädigt die Gemeinschaftsinteressen täglich und stündlich. Die bewußte politische Lüge wird von nationalsozialistischen Führern in geradezu schamloser Weise betrieben. Hier sollen nur zwei besonders krasse Fälle zitiert werden.

Im „Völkischen Beobachter“ vom 28. Januar 1931 wurde eine angebliche Äußerung des früheren sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller gegenüber amerikanischen Pressevertretern zitiert, nach der Müller sich gerühmt haben sollte, seine Partei habe zusammen mit dem Zentrum 12 Jahre lang die „Entwaffnung Deutschlands“ betrieben. In Wirklichkeit hatte er gesagt, daß beide Parteien für die „moralische Abrüstung in der Welt“ eingetreten seien.

Ungefähr gleichzeitig zeigte der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ ein Bild des Reichskanzlers mit der Unterschrift „Reichskanzler Brüning vergnügt sich beim Sekt mit der berühmten Filmdiva Marlene Dietrich“. In Wirklichkeit zeigte das Bild den Kanzler bei dem Wohltätigkeitsfeste der deutschen Presse im Gespräch mit der Gattin des Vizekanzlers Dietrich.

Endlich ein Fall aus dem nationalsozialistischen Jahrbuch 1931. Hier hat der von seiner Partei für den Vizepräsidentenposten des Reichstags präsentierte Abgeordnete Stöhr einen Ueberblick über die parlamentarische Arbeit seiner Partei gegeben, und Stöhr entblödet sich nicht, den Reichsministern, die durch eine Gesetzesvorlage im Frühjahr 1930 die Ministerpensionen (übrigens entsprechend den Forderungen, die gerade von nationalsozialistischer Seite gestellt waren) beseitigten, vorzuwerfen, sie hätten durch dieses Gesetz „ihre eigenen Bezüge sichergestellt wissen wollen“, weil „ihnen schwante, daß sie eines Tages genötigt sein könnten, die Gehälter der gewöhnlichen Beamten anzugreifen,

Presselügen

d. h. unter Umständen abzubauen“. Eine verlogeneren Behauptung als diese ist schwer denkbar in einem Augenblick, wo die Ministergehälter um 20 Prozent, die der anderen Beamten um 6 Prozent abgebaut und die Pensionsfähigkeit der Minister völlig aufgehoben ist, die Minister also ein hohes Maß von Opfersinn und Verzichtbereitschaft bewiesen haben. Das ist Hetze um der Hetze willen! Aus Geringschätzung für das Volk, das nach Hitler ja „beschränkt“ ist und auch auf die größten Lügen hereinfällt.

Beschämend dürftig ist das staatspolitische Programm der nationalsozialistischen Partei gerade in den Punkten, die den S t a a t s a u f b a u betreffen. Die wenigen Andeutungen, die dort gemacht werden, sagen an sich schon wenig; sie sind außerdem durch die Praxis der Partei noch völlig ausgehöhlt und entwertet worden. Wenn nämlich programmatisch eine „starke Zentralgewalt“ gefordert wird, so hat sich inzwischen gezeigt, daß man, sobald kleine Vorteile winken, von dieser Forderung abzugehen bereit ist. Die 17 Länder, aus denen Deutschland heute besteht, sind denkbar unzweckmäßig abgegrenzt und organisiert, weil sie ihre Entstehung den Heiraten und Erbteilungen fürstlicher Familien verdanken und nicht den Grundsätzen eines sparsamen und wirkungsvollen Verwaltungsaufbaus entsprechend gestaltet sind. Hier mußte eine Partei, die Neues schaffen will, eingreifen und das kostspielige Neben- und Gegeneinanderregieren von Reich und Ländern beseitigen. Zugleich mußte sie eine Flurbereinigung durchsetzen, durch die der heutigen Zersplitterung der Länder in zahllose Gebietsfetzen, wie sie die ehemaligen Herrscherfamilien entgegen den Geboten der Vernunft und der Sparsamkeit hinterließen, ein Ende gemacht wird. Tatsächlich erhalten die Nationalsozialisten den veralteten und unzweckmäßigen bisherigen Zustand künstlich am Leben; so insbesondere den unmöglichen Zwergstaat B r a u n s c h w e i g , der in ein Dutzend Gebietsfetzen zerrissen ist und geradezu die Karikatur eines Staates darstellt. Die Tatsache, daß dort ein Nazimann Minister werden konnte, genügt der Partei, um die Forderungen des eigenen Programms zu verleugnen. In O l d e n b u r g wurde der obenerwähnte nationalsozialistische Absetzungsantrag gegen den Oberbürgermeister sogar mit dessen Eintreten für eine Reichsreform begründet. Der Reichstagsabgeordnete F e d e r , der einen von Hitler in allen Einzelheiten gebilligten Kommentar zum nationalsozialistischen Programm ausgearbeitet hat, weist dem Reich, dessen „bundesstaatlichen Charakter“ er erhalten will, nur g a n z m a g e r e Z u s t ä n d i g k e i t e n zu, nämlich die Vertretung nach außen, das Paßwesen und die Zölle, ferner Heer und Flotte. Er verlangt im übrigen „die weitestgehende Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten“. Es scheint danach, daß die Nationalsozialisten sogar auf die zentrale Finanz- und Verkehrsverwaltung verzichten wollen und sowohl die Post wie die Eisenbahnen an die Länder abzutreten gedenken. Wo da die im Programm geforderte starke Zentralgewalt bleiben soll, ist völlig unerfindlich. Aber Nationalsozialisten sind eben Schwätzer, sie verstehen ernsthaft von staatspolitischen Dingen nichts.

Seltsamerweise verlangt das nationalsozialistische Programm „ein politisches Z e n t r a l p a r l a m e n t mit unbedingter Autorität“. Das ist um so überraschender, als die Agitation der Nationalsozialisten von einem d i k t a t o r i s c h e n Regime stets als von einer reinen Selbstverständlichkeit spricht. Liest man die Parteiliteratur, so findet man, daß in diesem entscheidenden Punkt

Der  
„Staatsaufbau“

Parlament  
oder Diktatur

völlige Verwirrung herrscht. Im allgemeinen wird auf die Zukunft verwiesen, in der sich alle diese wichtigen Probleme schon klären würden. Die Diktatur soll „nur für eine Uebergangszeit“ bestehen. Was aber später an ihre Stelle treten soll, wird nicht gesagt. Der einzige, der sich hierüber äußert, ist der Reichstagsabgeordnete Goebbels. Er nennt in seinem „Nazi-Sozi“ das Parlament — also auch das von Hitler verlangte „Zentralparlament“ — eine „Drohne am deutschen Volkskörper“. Er will an die Stelle des Parteienparlaments das Wirtschaftsparlament setzen, das nach berufsständischen Gesichtspunkten gegliedert ist und sich nur mit wirtschaftspolitischen Dingen befassen darf. Neben ihm soll ein Senat bestehen, der vom Diktator auf Lebenszeit berufen wird. Dieser Senat wählt den Kanzler (was vermutlich eine nachträgliche Bestätigung des Diktators durch die von ihm selbst berufene Körperschaft bedeuten soll); der Kanzler seinerseits beruft Minister, die er „beliebig ein- und absetzen kann“. Wohl verstanden: Dies ist nach Goebbels Meinung die Regelung für die Dauer, sobald der nationalsozialistische Staat aus dem „Uebergangszustand“ der reinen Diktatur herausgetreten ist. Es steht also fest, daß nach der nationalsozialistischen Doktrin einem einzigen Mann, der aus eigener Machtvollkommenheit an die Spitze gekommen ist, das Gesamtschicksal von Staat und Volk auf unabsehbare Zeit anvertraut werden soll. Der von diesem Diktator berufene Kreis, der gleichzeitig auf Lebenszeit ernannt wird, würde selbstverständlich nur aus Nationalsozialisten bestehen. Nach Goebbels Forderung soll sich also eine kleine Parteiklique in Deutschland in absolut ausschlaggebender Stellung auf Lebenszeit festsetzen. Das ist das Bekenntnis zur Herrschaft eines Parteiklüngels, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann.

Denn auch die staatsbürgerlichen Rechte — also insbesondere das Recht, sich an der Wahl des berufsständischen Wirtschaftsparlaments zu beteiligen — würden ja nicht ohne weiteres von allen Volksgenossen erworben, sondern vom Diktator und seinen Genossen verliehen. In Feder's offiziellem Kommentar zum Parteiprogramm heißt es ausdrücklich: „Nur der Deutsche, der sich zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft bekennt, kann staatsbürgerliche Rechte ausüben“; nicht nur „Volksfremde“, also etwa in Deutschland geborene Männer und Frauen jüdischer Religion oder Rasse und Angehörige der nationalen Minderheiten wie Polen oder Dänen werden vom Staatsbürgerrecht ausgeschlossen. Feder erklärt vielmehr wörtlich: „Leute, auch wenn sie deutsch geboren werden, die sich aber bewußt zerstörend gegen das deutsche Volk, gegen den Staat (d. h. das nationalsozialistische System!) wenden, gehören nicht zur deutschen Schicksalsgemeinschaft; sie können also auch nicht staatsbürgerliche Rechte ausüben, und manche werden wir noch auszuschließen haben von der Ehre des deutschen Staatsbürgerrechts“. Das heißt klar und nüchtern, daß im nationalsozialistischen Staat nur Parteigenossen die Gleichberechtigung genießen sollen, alle anderen Menschen sollen minderen Rechts und ständig von Schikanen aller Art, auch der der Ausweisung, bedroht sein.

Die Herrschaft des nationalsozialistischen Parteiklüngels soll absolut sein. Deshalb legt man neuerdings auch auf einen Monarchen keinen Wert mehr. 1923 sagte Hitler, um an die Macht zu kommen, noch den bayerischen Monarchisten die größten Schmeicheleien. Am Tage vor dem Novemberputsch

Nur Parteigenossen sind Staatsbürger

Monarchie oder Republik

in München äußerte er\*) dem Statthalter des bayerischen Königs, Herrn v o n K a h r , gegenüber, daß er „das schwere Unrecht an dem Königstum, das einem schamlosen Verbrechen zum Opfer gefallen ist, wieder gutmachen wolle“. Er, Hitler, würde sofort nach der Putschversammlung „zu seiner Majestät (NB. dem Kronprinzen Rupprecht) fahren und Seiner Majestät mitteilen, daß durch die deutsche Bewegung jetzt auch das Unrecht, das dem hochseligen Vater seiner Majestät widerfahren ist, wieder gutgemacht werden soll“. Heute ist man in der Frage der Monarchie sehr viel zurückhaltender geworden. F e d e r erklärt in dem offiziellen Programm der Partei: „Wir wollen nicht das Rad der Geschichte rückwärts drehen und etwa lautlos versunkenen Dynastien wieder zum Leben verhelfen — sie haben sich selbst gerichtet“. Und G o e b b e l s ergänzt im „Nazi-Sozi“ seine oben wiedergegebene Staatstheorie lediglich durch den Satz, daß es „u n w e s e n t l i c h sei, ob das Regierungssystem seine Spitze in einem Präsidenten oder in einem Monarchen findet“. Um weder republikanische Massen, die nichts mehr von einem Monarchen wissen wollen, von vornherein abzustoßen noch die feudalen monarchistischen Kreise der Großlandwirtschaft und des Großbürgertums, die man — schon aus finanziellen Gründen — nicht entbehren will, zu verletzen, äußert man sich über diese wie über so viele andere wichtigen Punkte überhaupt nicht mehr. Daß die Nazis — wie Feder, Goebbels und Rosenberg in ihrem mehrfach erwähnten programmatischen Führer sagen — „nach der Machtergreifung das Volk in einer V o l k s a b s t i m m u n g über die Frage Monarchie oder Republik entscheiden lassen“ wollen, ist ja nur ein Witz. Denn eine Partei, die nach ihrem Programm den ganzen Staat durch d i k t a t o r i s c h e Maßnahmen von oben her umgestalten will, kann nicht ausgerechnet über die höchste Spitze des Staates jede Äußerung vermeiden und das Volk frei abstimmen lassen.

### III. Kultur und Recht.

Wie das nationalsozialistische Programm in den entscheidenden nationalpolitischen und staatspolitischen Fragen versagt, so ist es auch gegenüber den Problemen der Kultur und des Rechts überaus dürftig. Daß „an die Stelle des römischen Rechts ein deutsches Gemeinrecht“ treten soll, besagt außerordentlich wenig. Denn dort, wo die Nationalsozialisten praktisch zeigen konnten, was sie unter einem „deutschen Gemeinrecht“ verstehen, haben sie sich nicht geäußert. Im Reichstag haben sich die Redner der Nationalsozialisten bei der Arbeit an der Strafrechtsreform darauf beschränkt, wüste Schimpfereien gegen die Träger des Reformgedankens im bürgerlichen Lager zu richten. Der sehr jugendliche Reichstagsabgeordnete K a r p e n s t e i n ist soweit gegangen, gegen den allverehrten greisen Senior der Rechtslehre, den Universitätsprofessor Dr. K a h l , in der häßlichsten Weise zu Felde zu ziehen; er hat ihm nach dem amtlichen Stenogramm am 10. Dezember 1930 im Reichstag wörtlich zugerufen: „Wenn Ihr (!) soviel Unehrlichkeit, soviel Verlogenheit und soviel b ü r g e r l i c h e n Schleim aus der Mitte, der uns allmählich ankotzt“ — der Rest des Satzes ging in dem Entrüstungssturm des Hauses unter. Im übrigen haben die Nationalsozialisten sich damit begnügt, über die populärsten Probleme, die Abtreibung, die Homosexualität und die Ehescheidung, hohle, von Gemein-

---

\*) Siehe Bericht über den Münchener Hitler-Prozeß, (Deutscher Volksverlag E. Boepple, München.)

plätzen strotzende Reden zu halten. Von einem ersten Streben nach Rechts-erneuerung ist bei dieser im Agitationstaumel befangenen Partei nichts zu merken.

Wie unsicher die Nationalsozialistische Partei auch in den grundlegenden ethischen Fragen ist, erwies sich an einem sehr amüsanten Vorfall. Im Strafrechtsausschuß des Reichstages hatten Sozialdemokraten und Kommunisten Ende Januar 1931 den Antrag gestellt, auch solche Personen, die, ohne verehelicht zu sein, als Lebensgefährten miteinander leben, zu den „Angehörigen“ im strafrechtlichen Sinne zu zählen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II konnte es kaum abwarten, gegen den „marxistischen“ Antrag vom Leder zu ziehen. Er bezeichnete die „Einehe als die Grundlage des Staates“ und den „marxistischen Antrag als einen Verstoß gegen die Heiligkeit der Ehe“. Die Nationalsozialisten würden jeden Angriff gegen die Ehe, insbesondere auch den Versuch, das außereheliche Dauerverhältnis zu legalisieren, energisch zurückweisen. Sofort erhob sich ein Vertreter der Sozialdemokraten und brachte folgenden Passus aus dem Buch „Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“, verfaßt von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und Redakteur des „Völkischen Beobachter“, Alfred Rosenberg, zur Verlesung:

„Gewiß ist die Einehe zu schützen und durchaus beizubehalten als organische Zelle des Volkstums, aber schon Professor Wieth Knudsen hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ohne Vielweiberei nie der germanische Völkerstamm früherer Jahrhunderte entstanden wäre, womit soviel gesagt ist, daß alle Voraussetzungen für die Kultur des Abendlandes gefehlt hätten. Es gab auch spätere Zeiten, da die Zahl der Frauen diejenige der Männer bei weitem überwog. Heute ist dies wieder der Fall. Sollen diese Frauenmillionen mitleidig als alte Jungfern belächelt, ihres Lebensrechtes beraubt, durchs Dasein gehen? Soll eine heuchlerische, geschlechtsbefriedigte Gesellschaft über diese Frauen verächtlich aburteilen dürfen? Ein kommodenes Reich wird beide Fragen verneinen. Es wird bei Beibehaltung der Einehe den Müttern deutscher Kinder aber auch außerhalb der Ehe die gleiche Achtung entgegenbringen und die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen gesellschaftlich und gesetzlich durchzuführen wissen. Ein deutsches Reich der Zukunft wird gerade die kinderlose Frau — gleich, ob verheiratet oder nicht — als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den „Ehebruch“ des Mannes einer Korrektur unterziehen, insofern ein solcher mit Kindesfolge nicht als juristisch zu wertender Ehebruch betrachtet werden kann, nur daß der Betreffende zur Zahlung der Erziehungskosten des Kindes gesetzlich anzuhalten ist.“

„Hier wird, so schrieb mit Recht die „Germania“, von dem nationalsozialistischen Sachverständigen für Weltanschauungsfragen die Vielweiberei, das Konkubinat verteidigt. Im „Dritten Reich“ der Nationalsozialisten muß eine Frau, die keinen Mann bekommt, wenigstens ein Kind haben, um vollwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft zu sein. Das bedeutet nicht nur eine Legalisierung jeden außerehelichen Verhältnisses, sondern darüber hinaus geradezu einen Druck zum außerehelichen Geschlechtsverkehr, geht also noch weit über die Forderungen der Sozialdemokraten und Kommunisten hinaus und schlägt der christlichen Sittlichkeit geradezu ins Gesicht.“

Rosenbergs Buch beweist aber, daß nicht nur in den nationalsozialistischen Sturmabteilungen — wie es z. B. in der Pfalz im Januar 1931 geschah — „fröhliches Leben mit Wein, Weib, Würfel wie bei den Landsknechten“ gepriesen wird, sondern daß auch in ernstgemeinten theoretischen Auseinandersetzungen sehr laxe Moralbegriffe vorgebracht werden, die dann wieder mit dem frommen Augenaufschlag der antimarxistischen Agitation seltsam kontrastieren.

Bildungsfragen

Nicht anders steht es bei den Bildungsfragen. Das eigentliche Problem auf kulturellem Gebiet, das für die weitesten Kreise dringend geworden ist, besteht zurzeit darin, daß für jeden nur irgendwie qualifizierten Beruf, der sich auch nur um ein Geringes über die ungelernete Arbeit erhebt, Vorbildungsansprüche gestellt werden, die den aufstrebenden —, aber minderbemittelten Schichten die schwersten Opfer auferlegen. Die Folge ist ein ungeheurer Andrang zu den höheren Schulen und zu den Universitäten, die dadurch der gründlichen wissenschaftlichen Arbeit immer stärker entzogen werden, während Schüler und Studenten in immer geringerem Masse Aussicht haben, ihr im Bildungsstreben investiertes Kapital später in geeigneten Berufsstellungen herauswirtschaften zu können. Eine wirklich in den breiten Massen wurzelnde Partei müßte diesen Problemen zu Leibe rücken. Sie müßte den Bildungsgang vereinfachen, sinnlose Berechtigungen beseitigen und den Nachdruck auf die Möglichkeit der Fortbildung statt der Vorbildung legen. Nichts von alledem in dem nationalsozialistischen Programm. Die Hitlerbewegung sieht diese Probleme nicht einmal. Sie begnügt sich mit der selbstverständlichen Forderung, daß „begabte Kinder auf Staatskosten ausgebildet werden sollen“. Außerdem fordert sie Staatsbürgerkunde, die ohnehin schon gelehrt wird, und Einführung von Turn- und Sportpflicht für Schulentlassene; nicht einmal der für jeden sozial fortschrittlich Gesinnten selbstverständliche Ruf nach der Freizeit für jugendliche Angestellte und Arbeiter ist zu finden.

Das Bekenntnis zur Freiheit der Religionsausübung, das in diesem Zusammenhang abgelegt wird, ist recht problematisch, da es sofort durch einen Nachsatz illusorisch wird: Glaubenslehren, die „den Bestand des Staates gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“, sollen nach dem Programm nämlich verboten sein. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rosenberg, Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“, sagt als offiziöser Kommentator des Parteiprogramms ohne Umschweife, daß ein solcher Verstoß z. B. beim Judentum vorliegt. Aber auch der Katholizismus wird bedroht; es scheint, daß er, wenigstens nach Rosenbergs Meinung, im Sinne des oben zitierten Programms „den Bestand des Staates gefährdet“ und deshalb keine Freiheit genießen darf. Rosenberg sagt nämlich in seiner parteiamtlichen Erläuterung des Programms, „daß die Gründung des Zentrums zur Vertretung konfessioneller Interessen ein Verbrechen an unserer ganzen Politik war, dessen Folge u. a. auch zum 9. November 1918 führte“. Dafür suchte sich der Nationalsozialismus auf sehr bequeme Art den Ruf besonderer Tüchtigkeit in der Bekämpfung des Atheismus zu verschaffen. In Braunschweig wurden im Januar 1931 von dem nationalsozialistischen Minister Franzen 26 konfessionslose Lehrer entlassen. Leider übersah man dabei, daß auch mehrere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete sich als konfessionslos bezeichnen, darunter ein Mann aus dem Schulfach, der Studienrat Löpelmann. Man hat nicht

Keine  
Religions-  
freiheit



gehört, daß Löpelmann aus dem Verhalten seines Parteifreundes Franzen Konsequenzen in seinem Beruf oder in seiner Partei gezogen hätte.

Man sieht jedenfalls aus allem, daß von freier Religionsausübung und uneingeschränktem Bekennen einer Weltanschauung im nationalsozialistischen Staat nicht die Rede sein kann.

#### IV. Wirtschaftspolitik.

Ganz besonderen Wert legt die Nationalsozialistische Partei auf ihr Wirtschaftsprogramm. Sie nennt es sozialistisch, und die Forderungen, die im Mittelpunkt stehen, sind in der Tat antikapitalistisch. Aber sie sind Nazis so unsystematisch, undurchdacht und reinagitorisch, daß man von einem organischen Gedankengebäude überhaupt kaum sprechen kann. Grundidee ist auch hier, daß man verhetzende Propaganda in möglichst weite Kreise des Volkes tragen will. Zu diesem Zweck wird die „Todesstrafe für Wucherer und Schieber, die Einziehung von Kriegsgewinnen, die Kommunalisierung von Großwarenhäusern zu Gunsten kleiner Gewerbetreibender“ verlangt. Forderungen, denen im einzelnen eine sehr dehnbare Gestalt gegeben wird. Rosenberg fordert in seinem Programmkommentar ganz im bolschewistischen Stil „eine Reihe abschreckender Exempel“ und möchte „einige 1000 Ausbeuter“ auf diese einfache Art und Weise erledigen. Der Reichstagsabgeordnete B ö r g e r verlangte am 12. Dezember im Reichstag, daß „diese Menschen und Träger des Profitgedankens, des liberalistischen Gedankens, ehe das Volk unter ihrer wahnsinnigen Einstellung zugrunde geht, ins Zuchthaus gehören, damit unser Volk in Freiheit, Würde und Ehre sein Brot ißt“. (Nebenbei bemerkt: B ö r g e r wandte sich nicht etwa gegen Angehörige der jüdischen Rasse oder speziell Vertreter des Bankwesens, sondern gegen Zehndirektoren arischer Abstammung). Der Reichstagsabgeordnete Strasser meinte am 17. Oktober im Reichstag ganz naiv: „wenn man die (durch den nationalsozialistischen Wahlsieg hervorgerufene) Kapitalflucht mit dem Tode bestraft, dann wird das Geld nach Deutschland zurückkehren.“ In Wirklichkeit wurde sie durch die wilden Reden der Nazis erst recht befördert. Selbst der wegen seiner Bereitschaft zur Koalition mit den Mittelparteien von den Nazis angefeindete Freund Hitlers, der Abg. Feder, behauptet in seinem Programmkommentar, daß der „Unternehmer einen möglichst hohen Profit für seine Tasche herauszuschinden sucht“ und daß „ihn die Not seiner Arbeiter nicht kümmert, daß es ihm gleich ist, wenn seine Waren als Schund bald weggeworfen werden müssen.“ Wenn man dann noch liest, daß der bayerische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete D a u s e r in München im Dezember 1930 erklärte, „der Unterschied zwischen dem Saustall des Bauern und dem Saustall der deutschen Wirtschaft besteht darin, daß die Säue des Bauern genießbar sind, jene aber, die unsere Wirtschaft führen, nicht“ — wenn man dieses alles zusammenhält, so erkennt man erst recht die durch und durch wirtschaftsfeindliche Einstellung der Nationalsozialistischen Partei. Von der Kommunistischen Partei unterscheidet sie sich hier nur dadurch, daß sie zwar — wie diese — die Wirtschaft in ihren heutigen Formen zerstören will, aber — im Gegensatz zum „Marxismus“ — überhaupt keine andere Form des ökonomischen Aufbaues an ihrer Stelle vorzuschlagen weiß.

Bolschewistische Forderungen der Nazis

Diese negativen, rein für die Agitation bestimmten, für den Aufbau der Wirtschaft an sich bedeutungslosen Forderungen des ökonomischen Programms der Nationalsozialisten werden ergänzt durch die folgenden Punkte: Der Nationalsozialismus erstrebt „eine großzügige Altersversorgung, die Verstaatlichung der Trusts, die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben und endlich die Abschaffung des arbeitslosen Einkommens — die Brechung der Zinsknechtschaft“. Wenn man aber hieraus schließen wollte, daß die Hitlerbewegung von einer einheitlichen Gesinnung erfüllt wäre, dann täuscht man sich. Die Uebernahme der vertrusteten Großbetriebe auf den Staat, entsprechend den nationalsozialistischen Forderungen, macht bei dem heutigen Stand der Produktion natürlich eine aktive Betätigung des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet, eine Planwirtschaft und die Aufstellung eines großzügigen staatlichen Wirtschaftsprogramms notwendig. Studiert man dann aber die Literatur der Partei, so findet man hier dieselbe Unsicherheit, dasselbe programmlose Tasten wie in allen anderen Punkten. So sagt Gottfried Feder in seinem Programmkommentar ausdrücklich: „Im Rahmen der allgemeinen Arbeitspflicht und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums steht jedem Deutschen freie Erwerbsmöglichkeit und freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag zu. Mit dieser Festlegung werden ausdrücklich planwirtschaftliche (marxistische ebenso wie hochkapitalistische) Sozialisierungsbestrebungen abgelehnt“.

Wenige Seiten vorher hatte Feder noch als „Aufgabe der Volkswirtschaft die Bedarfsdeckung und nicht die möglichst hohe Rentabilität“ bezeichnet. Wenn aber nicht die Rentabilität, d. h. der Nutzen des Einzelnen, über die Gestaltung der Produktion entscheidet, wenn sie nach einem objektiv festzustellenden Bedarf gestaltet werden soll, so ist eben die Aufstellung eines staatlichen Plans für die Wirtschaft unerläßlich. Daß derartige Gedankengänge vorhanden sind, wird auch dadurch bewiesen, daß Feder die Feindschaft gegenüber den Warenhäusern ausdrücklich damit begründet, „sie erweckten gänzlich unnötige Bedürfnisse“. Nach den wirtschaftlichen Anschauungen des Nationalsozialismus müßte also eine Stelle da sein, die zwischen „nötigen und unnötigen“ Bedürfnissen unterscheidet. Prinzipiell natürlich ein vollständiger Unsinn, da Bedarf unter allen Umständen etwas Subjektives ist. Nur der einzelne kann entscheiden, ob bei ihm ein Bedarf vorhanden ist oder nicht. Ein allmächtiger Staat, wie er z. B. in Rußland besteht, kann die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, verhindern, weil sie ihm als Luxusbedürfnisse erscheinen und deshalb nicht befriedigt werden sollen. Der Nationalsozialismus kann sich, wie man sieht, nicht entscheiden, programmatisch diesen in Rußland in die Praxis umgesetzten sozialistischen Standpunkt sich theoretisch zu eigen zu machen. Dennoch lehnt er die Konsequenz, daß dann eben nach der Rentabilität, d. h. in freier Eigenverantwortung produziert werden muß, ab; er bleibt auch in diesem Punkt in der Mitte stehen und weiß überhaupt nicht klar Stellung zu nehmen.

Das ist aber auch in Bezug auf die anderen eben angeführten Forderungen der Fall. Die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben ist an sich im Rahmen des kapitalistischen Systems möglich. Sie ist ja auch in einer Reihe von Musterwerken (z. B. bei Zeiss in Jena) durchgeführt. Bei der Agitation ist nun die Nationalsozialistische Partei auf den Einwand gestoßen, daß in großen

und wichtigen Produktionszweigen Ueberschüsse, aus denen Gewinn verteilt werden könnte, nicht vorhanden seien. Grund genug, von dem sehr bombastisch als unabänderlich proklamierten Programm abzuweichen. Schon R o s e n b e r g sagt in seinem Programmkommentar, „es verstehe sich von selbst, daß Arbeiter an einem lebensnotwendigen Werk, das nicht genügend Gewinn abwürfe, nicht zurückgesetzt werden dürften hinter Arbeitern einer Ausfuhrindustrie, die gute Absatzmärkte erobert hat“. Er zieht sich damit aus der Affäre, daß „beim Siege des Nationalsozialismus die sich ergebende Sachlage zu entscheiden wäre“. F e d e r geht noch weiter; er erklärt es für „völlig unberechtigt, warum die riesigen Farbenwerke Deutschlands ihre Arbeiter und Beamten am Gewinn beteiligen sollten“. „Gewinnbeteiligung“ — so sagt er — „läßt sich nun einmal nur rechtfertigen, wenn auch Gefahr und Verlust mitgetragen werden will und kann oder wenn besondere Leistungen dies rechtfertigen“. Damit ist dieser wichtige Programmpunkt tatsäc h l i c h a u f g e g e b e n. Ihn in der Agitation trotzdem weiterzuverwenden und ihn im Programm stehen zu lassen, ist eine unerhörte Unehrllichkeit.

Rein agitatorisch ist auch die Forderung nach einer „großzügigen Alters- Alters-  
versorgung“ zu werten. Feder behauptet in seinem mehrfach zitierten versorgung  
programmatischen Buch, daß „die soziale Spannung nicht so sehr durch die direkte Unzufriedenheit mit Lohn, Gehalt, Einkommen ausgelöst würde als vielmehr durch die Sorge um das Alter“. Natürlich ist das ganz unsinnig, denn durch die Alters- und Invalidenversicherung sind die vermögenslosen erwerbenden Schichten ja für ihr Alter vor Not geschützt; was sie erbittert, ist vielmehr die Gefahr der Arbeitslosigkeit und die geringe Höhe des Arbeitseinkommens. Aber der Nationalsozialismus versucht, der Handarbeiterschaft die Bedeutung der Alters- und Invalidenversicherung zu verkleinern. Goebbels sagt in seinem „Nazi-Sozi“ ausdrücklich: „Wir wollen keine soziale G e s i n n u n g, wir pfeifen auf den Quark, den ihr soziale Gesetzgebung nennt. Das ist zum Leben zu wenig, und zum Sterben zu viel“; und F e d e r erklärt, „es handle sich bei der großzügigen Altersversorgung gewissermaßen um die Ausdehnung der Beamtenpension auch auf die freien Berufe und die Handarbeiter“. Der Pensionsetat des Reichs beträgt 1931 ohne die Versorgungsgebührrnisse der Wehrmacht 75 Millionen RM. Diese Summe kommt rund 50 000 pensionierten Reichsbeamten zugute. Feder erklärt ausdrücklich, der Nationalsozialismus dächte nicht daran, dieses Pensionsrecht zu beeinträchtigen. Wenn er also die 3 260 000 Invalidenrentner, die zur Zeit zu unterhalten sind, — und sie vermehren sich jährlich um etwa 130 000 — mit einem gleichen Anspruch ausstatten will, so würde das eine Summe von jährlich etwa 5 Milliarden RM. erfordern. Feder findet aber in seinem „Programm“, „man brauche sich um die Mittelbeschaffung nicht allzusehr den Kopf zerbrechen“; „ein Bruchteil der Tribute an das Ausland und der Tribute an die Bankhäuser im Innern genüge, um diese Programmpunkte zu erfüllen“. Wir zahlen aber bekanntlich an Kriegsentschädigungen zurzeit jährlich 1,7 Milliarden Mark. Ueber 3 Milliarden RM. wären also noch von deutschen Banken an zusätzlichen Steuern und Abgaben zu erheben. Das würde natürlich den Ruin der gesamten innerdeutschen Finanz bedeuten. Denn was die Banken an Zinsen erhalten, ist ja zum wesentlichen Teil Verzinsung des bei ihnen deponierten Kapitals der Rentner, das damit vernichtet würde. Feder scheut sich aber sehr, etwa einfach von sich aus die

Enteignung der Kapitalisten oder des Sparkapitals zu verlangen. Auch hier findet man also wieder dieselbe zögernde Unklarheit, die allen alles verspricht, die zwar den Besitzlosen die Abschaffung des Zinses in Aussicht stellt, aber gleichzeitig dem Rentner die Beibehaltung seiner Rente. So heißt es in einem Artikel Feders im „Nationalsozialistischen Jahrbuch für 1931“ ausdrücklich: „Niemand wird den Zinsgenuss des Kleinrentners oder Sparerers als Zinsknechtschaft bezeichnen. Näher kommen wir dem Begriff schon, wenn wir uns das Leben eines geborenen Privatiers vorstellen, dessen ganze Tätigkeit darin besteht, Zinskupons und Dividendenscheine abzuschneiden und der im übrigen ein reines Drohnendasein führt“; und in Feders schon mehrfach zitiertem Kommentar heißt es gleichfalls, „die Kleinrentner und Sparer verdanken auch ihre Zins-einnahmen einer grundfalschen Einrichtung, aber man soll nicht an sie denken, wenn von der Zinsknechtschaft die Rede ist“. „Ihnen kann man im Alter“ — so sagt Feder — „leicht einen Teil des ihnen früher vorenthaltenen Arbeitsertrages auszahlen — dadurch eine große Masse an dem heutigen zinskapitalistischen System scheinbar Interessierter gewinnend“. Das nämlich ist auch hier das Entscheidende: die Nationalsozialisten wollen durch haltlose Versprechungen die vielen kleinen Existenzen, die garnicht daran denken, durch die unsinnigen Theorien der Hitlerbewegung ihre sauer ersparten Gelder gegen leere Zukunftshoffnungen einzutauschen, in trügerische Sicherheit wiegen. Tatsächlich droht ihnen vom Nationalsozialismus her die größte Gefahr. Selbst wenn die „Beseitigung der Zinsknechtschaft“ nicht auf dem Wege der Abschaffung des Zinses gesucht werden sollte — die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat sich vorläufig darauf beschränkt, die gesetzliche Festlegung eines Höchstzinses von 4 Prozent und von 1 Prozent Amortisation zu verlangen —, so wird eine Enteignung aller Kapitalien durch die vom Nationalsozialismus erstrebte neue Inflation erfolgen.

Nazis fordern  
Inflation

Denn das nationalsozialistische Programm bedeutet nichts anderes als Inflation im größten Umfang. Feder, der — auch wenn er heute wegen seiner Koalitionsangebote an das Zentrum als Politiker umstritten ist — in den Wirtschaftsfragen parteioffiziös spricht und dessen Lehre von Hitler in allen Punkten zum Grundgesetz der Partei erklärt wurde, hat in seiner Erläuterung des Parteiprogramms folgenden Satz in den Mittelpunkt seines Systems gestellt: „Der Staat darf keine Schulden machen — denn (!) er hat dies auch garnicht notwendig: der Staat ist der Herr der Münzhoheit, er kann also, was der Private nicht kann — Geld machen! Er hat dies ja auch getan in geradezu wahnsinniger Weise während der Inflation“. Es folgt dann eine lange Auseinandersetzung darüber, daß die Ausgabe von Kassenscheinen durch den Staat unbedenklich sei, wenn man neue Werte dafür schaffe. Insbesondere verlangt Feder in diesem Zusammenhang die Förderung des Wohnungsbaues durch die Ausgabe von Baugeld, das seine Deckung in den neugebauten Häusern finde. Wie unsinnig diese Theorie ist, ergibt sich aus der folgenden einfachen Ueberlegung: Der Umlauf an Zahlungsmitteln beträgt in Deutschland seit der Stabilisierung der Reichsmark Ende 1923 etwa 6 Milliarden RM. In jedem Jahre werden etwa für 8 Milliarden RM. Neubauten errichtet. Würde also nach dem Feder'schen Programm Baugeld in jedem Jahre im Betrage von 8 Milliarden Mark in Umlauf gesetzt, so würde der Zahlungsmittelumlauf nach einem Jahre

schon nicht mehr 6 Milliarden betragen, sondern 14 Milliarden. Nun sollen die Mieten, die aus den mittelst Baugeld erstellten Bauten eingenommen werden, zwar zur Einziehung des Baugeldes benutzt werden; aber die Mieten machen jährlich noch nicht einmal 10 Prozent des investierten Kapitals aus, und im Sinn des nationalsozialistischen Programms ist eine so hohe Verzinsung des angelegten Kapitals schon als Wucher zu bezeichnen; es müßte vielmehr gerade nach den nationalsozialistischen Prinzipien mit einem Zins- und Amortisationsatz von 5 Prozent gerechnet werden. Das heißt also, daß im ersten Jahre eine nennenswerte Tilgung von Kassenscheinen noch nicht erfolgt wäre. Nach 2 Jahren wären infolgedessen unter der Nazi-herrschaft schon mehr als 20 Milliarden RM. in Umlauf, d. h. wir wären nach kürzester Zeit in der tollsten Inflation; die Preise würden sich nach einem Jahre fast verdoppelt, nach zwei Jahren beinahe verdreifacht haben. Denn die Tilgung des neu ausgegebenen Geldes würde in so langsamem Tempo vor sich gehen, daß eine ungeheure Aufblähung der Kaufkraft zu verzeichnen wäre.

Diese Theorie von der Brechung der Zinsknechtschaft, die der Nationalsozialismus in den Mittelpunkt seines Wirtschaftsprogramms gestellt hat, wird durch alle Lehren der Volkswirtschaft und der Geschichte als unsinnig gekennzeichnet. In gleicher Weise wie die Nationalsozialisten glaubten auch schon die französischen Revolutionäre von 1789, daß man Kassenscheine ohne Gefahr ausgeben könne, wenn ihnen nur Gegenwerte gegenüberständen. Komischerweise haben also unsere geschworenen Franzosenfeinde sich gerade den Standpunkt der Pariser Jacobiner vom Ende des 18. Jahrhunderts zu eigen gemacht. Die zogen nämlich die großen Güter ein, machten sie zu Nationalgütern und gaben Kassenscheine aus, die durch den Wert dieses Landbesitzes angeblich gedeckt waren. In Wirklichkeit zeigte sich natürlich sehr schnell, daß man bloß die Umlaufmittel vermehrt hatte und daß infolgedessen eine Inflation ungeheuren Ausmasses eintrat, bei der die breiten Massen sehr schnell und in demselben Maße verelendeten, wie wir das bei der deutschen Inflation 1923 erlebt haben.

Dem Nationalsozialismus mit seiner völligen Unkenntnis volkswirtschaftlicher und historischer Tatsachen ist freilich etwas Originelles vorbehalten geblieben: nämlich die Unlogik, gleichzeitig gegen die Inflation als das furchtbarste Verbrechen zu wettern und die schleunige Wiederholung dieses Verbrechens anzustreben.

Das völlige Durcheinander, das in der Nationalsozialistischen Partei in den Fragen des Wirtschaftsprogramms herrscht, ergibt sich auch aus ihrem Auftreten im Reichstag. Ihr Auszug aus dem Parlament im Februar 1931 ist vielleicht mit aus dem Wunsche der Führer zu erklären, die krassen Widersprüche innerhalb der Partei nicht weiter vor der Öffentlichkeit hervortreten zu lassen. Zur Frage des Sozialismus z. B. erklärte der Abgeordnete Feder in der 8. Reichstagssitzung am 4. Dezember 1930 ausdrücklich: „Sie haben gar keine Ursache, uns irgendwelche sozialistischen Tendenzen zu unterstellen. Für die sozialistischen Tendenzen bedankt sich das deutsche Volk. Man glaubt in unserer Gegnerschaft zum Zins auch eine Gegnerschaft gegen den wirtschaftlichen Ertrag sehen zu müssen. Nichts ist falscher als das. Wir Nationalsozialisten wollen ja gerade der deutschen Wirtschaft wieder zu ihrem größtmöglichen Ertragsreichtum verhelfen“. In der 14. Sitzung des

Für oder gegen  
Sozialismus?

Reichstages vom 12. Dezember 1930 hat dagegen der Reichstagsabgeordneter B ö r g e r von der gleichen Partei wörtlich ausgeführt: „Im Mittelpunkt aller Interessen steht heute nicht mehr das Schicksal des deutschen Menschen, sondern der P r o f i t ; das ist die Not unseres Volkes, das ist der Grund dafür, warum man mit uns Schindluder treibt . . . . Diese Menschen (die Unternehmer) sind nur Träger des P r o f i t gedankens, des liberalistischen Gedankens; diese Menschen hassen wir, weil wir das Volk lieben“. Das von dem Abgeordneten B ö r g e r verurteilte Profitstreben wird aber, wie wir sahen, von dem Abgeordneten Feder als Notwendigkeit auch im nationalsozialistischen Staat geschildert. Wo ist da noch eine Uebereinstimmung in den wirtschaftlichen Grundfragen festzustellen?

Nicht anders steht es mit der Stellung zum P r i v a t e i g e n t u m . Auf der einen Seite wird feierlich versichert, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei „auf dem Boden des Privateigentums stehe“ (Erklärung Adolf Hitlers vom 13. IV. 1928). Auf der anderen Seite wird im Punkt 17 des Parteiprogramms ausdrücklich die „Schaffung eines Gesetzes zur u n e n t g e l t l i c h e n E n t e i g n u n g von Boden für gemeinnützige Zwecke“ verlangt. Und Herr Goebbels schreibt in seinem „Nazi-Sozi“: „Hätten wir einen wahren deutschen Staat, er würde alle deutschen Aktien, die in Judenbanken liegen für null und nichtig erklären und wie einen Fetzen Papier behandeln“. Was eine „Judenbank“ ist, wird nicht gesagt. Man muß aber annehmen, daß alle Banken im Sinne der nationalsozialistischen Partei als „Judenbanken“ bezeichnet werden. Der von Goebbels vorgeschlagene Akt würde jedenfalls die großzügigste Ungültigkeitserklärung von Vermögen, d. h. Enteignung sein, die es je gegeben hat.

Und noch ein bedeutsamer Widerspruch: Im Programm wird ausdrücklich „die Verstaatlichung der Trusts“, also die S o z i a l i s i e r u n g versprochen. In der Debatte mit Otto Strasser, die zu dessen Austritt aus der Nationalsozialistischen Partei führte, hat Hitler sich zu diesem Punkte\*) geäußert: „Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht, aber er bedeutet nicht, daß die vergesellschafteten Betriebe sozialisiert werden m ü s s e n , sondern nur, daß sie sozialisiert werden k ö n n e n , nämlich wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen“. Damit ist der Programmpunkt, der die „Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts)“ fordert, von Hitler selbst völlig ausgehöhlt, was nicht hindert, daß der Abgeordnete Goebbels weiter das Sozialisierungsprogramm in voller Schärfe verfiicht.

Man sieht aus allem, wie recht der Führer der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Dr. F r i c k hatte, wenn er in einer Kasseler Versammlung am 22. Januar 1931 erklärte: „Was schiert mich die Wirtschaft, ich bin froh, daß die Nationalsozialistische Partei kein Wirtschaftsprogramm hat. Man muß von Fall zu Fall entscheiden. Mit der nationalen Freiheit wird auch die Wirtschaft von selbst wieder in Gang kommen“. Was für prächtige Politiker sind doch diese Nationalsozialisten! Die Wirtschaft kommt von selbst wieder in Gang, und wenn wir durch das Verhalten der Hitlerbewegung in außenpolitische Konflikte geraten, dann wachsen uns auch die Waffen, wie Hitler gesagt hat, von selbst aus der Hand!

\*) Siehe Weigand von Miltenberg, „Adolf Hitler Wilhelm III.“ (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin).

Zu dieser dilettantischen Leichtfertigkeit paßt gut das größenwahnsinnige Wort Feders aus der parteiamtlichen Programmerläuterung, daß „der Nationalsozialismus es ablehne, sein Programm den sogenannten Verhältnissen anzupassen; er werde die Verhältnisse seinem Programm anpassen“. Darauf hat die Welt gerade gewartet, daß sie sich den unklaren Reden von Hitler und Konsorten anpaßt!

Ganz klar sei all solchem Unsinn gegenübergestellt: Privatwirtschaft, Kapital und Zinsen sind eine untrennbare Einheit. Wer die Zinsen abschaffen will, darf die ganze Privatwirtschaft nicht wollen. Wer aber die Privatwirtschaft nicht will, kann nur die kommunistische Wirtschaft wollen, die russische Sklavenwirtschaft. Zinsen sind nichts anderes als Ertrag aus ersparter Arbeit. Ihre Höhe muß sich, da Geld Ware ist, nach Angebot und Nachfrage dieser Ware Geld richten. In Deutschland war nach der Inflation das bare Geld verschwunden. Es konnte nur aus zwei Quellen neu gebildet werden: aus Anleihen aus dem Ausland und aus eigenen Ersparnissen. Langsam mehrt es sich. Der Zinsfuß wird erst dann wieder absinken und sich dem Niveau des Vorkriegszinsfußes nähern, wenn wieder mehr gespart ist und aus Ländern, in denen mehr Geld vorhanden ist, Geld nach Deutschland geliehen wird. Gespart wird nur mehr, wenn in Deutschland für möglichst alle Menschen Arbeit vorhanden ist und der Sparsinn geweckt wird. Das kann er nur, wenn Sparen den Reiz behält, durch erspartes Geld zum Zinsgenuß zu gelangen, zur eigenen sozialen Freiheit und zur Sicherung der Familie. Auslandskapital fließt nur nach Deutschland, wenn die deutsche Wirtschaft Vertrauen genießt, die deutsche Politik fest und ruhig geführt wird, der Friedensgeist in aller Welt wächst. Nach den Septemberwahlen, bei denen sich mehr als 10 Millionen Deutsche zu den ungeistigen mittelalterlichen Gewaltmethoden der Links- und Rechtsradikalen bekannten, trat das Gegenteil ein. Mitte 1930 waren Anzeichen einer sich langsam anbahnenden Besserung der Wirtschaftslage hervorgetreten. Der nationalsozialistische Wahlsieg vom 14. September 1930 hat sie vernichtet. Die vom preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff im „Berliner Börsencourier“ am 25. Dezember 1930 veröffentlichten amtlichen Zahlen zeigen deutlich, wie teuer das deutsche Volk die 6½ Millionen nationalsozialistischer Stimmen hat bezahlen müssen. „Durch Kapitalflucht und Rücknahme ausländischer Kredite sind der deutschen Wirtschaft in den Monaten September und Oktober 1930 1,6 Milliarden entzogen. Die Kreditoren der Banken haben sich in der gleichen Zeit um 1218 Millionen verringert. Der Zuwachs bei den preußischen Sparkassen, der bis August monatlich noch 50 Millionen betrug, fiel im September auf 27 und im Oktober auf 13,2 Millionen. Die Inlandsemissionen festverzinslicher Papiere, die in den Monaten Juli und August noch 586 Millionen betragen hatten, gingen im September 1930 auf 138 und im Oktober auf 122 Millionen zurück. Die Aufnahme von Auslandsanleihen, die im Juli und August noch 250 Millionen erbracht hatte, schrumpfte im September auf 0,7 und im Oktober auf 12,2 Millionen zusammen. Die Kurse deutscher Wertpapiere sanken im Inland und Ausland. Die Zinssätze stiegen und der Reichsbankdiskont mußte am 9. Oktober

Spüren die Voraus-  
setzung der  
Privat-  
wirtschaft

Katastrophale  
Folgen des  
Nazi-Sieges

1930 von 4 auf 5 Prozent erhöht werden.“ Fünf Millionen Erwerbslose am Ende des Winters 1930/31, Betriebsstillegungen, ungenügende Rente für Landwirtschaft und gewerblichen Mittelstand — das ist die Folge dieser Entwicklung! Die nationalsozialistischen Reden und Begriffe verhindern Kapitalbildung und Sparen und damit den einzigen Weg zur Wiedererringung der eigenen Freiheit und des Wiederaufstiegs. Der Sparsinn muß getötet werden, wenn zinsloses Geld als erstrebenswert und erreichbar dem notleidenden deutschen Volk von den Nazis vorgegaukelt wird. Es bleibt nun einmal so: jeder muß sich bemühen, weniger auszugeben, als er einnimmt; wenn er spart, dann dient er sich, seiner Familie und seinem Volke am besten, und er bewahrt dann den Geist der Freiheit und Selbstverantwortlichkeit. Das Opfer des Sparens macht sich tausendfach bezahlt in der Mehrung der Sicherung der Existenz und in der Freude am selbst Geschaffenen; es weckt den Geist der Selbstverantwortung, der stärker und wertvoller ist als alles Streben nach Versorgung durch den Staat — einen Geist, der vorübergehend verschüttet werden, aber nie untergehen kann, solange die Freiheit als Mutter des Fortschritts der Menschheit höchstes Gut ist.

## V. Agrarpolitik.

Ein besonderer Abschnitt ist der **A g r a r p o l i t i k** gewidmet. Das Nazi-Programm ist zwar, laut ausdrücklicher Erklärung, unabänderlich. Das hat aber nicht verhindert, daß sein 17. Punkt, der „die Abschaffung des Bodenzinses, die Bodenreform und die unentgeltliche Enteignung für gemeinnützige Zwecke“ vorsah, im Laufe der Jahre zweimal interpretiert, d. h. grundlegend verändert worden ist. Einmal wurde 1928 festgestellt, daß „n u r u n r e c h t m ä ß i g e r w o r b e n e r o d e r n i c h t g e m ä ß d e m ö f f e n t l i c h e n W o h l v e r w a l t e t e r B o d e n u n e n t g e l t l i c h e n t e i g n e t w e r d e n d a r f“. Im März 1930 fand man, daß erfolgreiche Agitation unter dem Landvolk eine noch stärkere Abschwächung des ursprünglichen Programms erfordere. Man verabschiedete deshalb ein besonderes Agrarprogramm. Hier ist nun lediglich von einem „staatlichen Vorkaufsrecht für den Boden“ die Rede. „Rechtmäßig erworbener Besitz am Boden wird als ehrliches Eigentum anerkannt“. Wie der Beweis, daß irgendwelcher Boden rechtmäßig erworben ist, geführt werden soll, wird vorsichtigerweise nicht angegeben. Vermutlich will man mit solcher Kautschukklauseel sich die Möglichkeit eröffnen, im „Dritten Reich“ Boden, den politisch unliebsame Leute besitzen, als unrechtmäßig erworben zu bezeichnen. Die Enteignung unrechtmäßig erworbenen Bodens geschieht, wie ausdrücklich gesagt wird, o h n e E n t s c h ä d i g u n g. Die Möglichkeit zu Schikanen wird auch dadurch offen gehalten, daß das nationalsozialistische Agrarprogramm für den Bodenbesitz ausdrücklich die Vorbedingung stellt, daß der Boden „zum Wohl des Gesamtvolkes zu nutzen“ sei. Man weiß, welche Daumenschrauben z. B. in Polen gegen deutsche Besitzer auf Grund ähnlicher Formulierungen angesetzt werden. Das heutige Agrarprogramm der Hitlerbewegung besagt also, daß jeder Nationalsozialist Eigentumsrecht am Boden hat, jeder andere beliebigen Schikanen ausgesetzt sein soll,

In welchem Maße ostelbische Großgrundbesitzer in die Hitlerpartei hineinströmt sind, sieht man deutlich aus dem Punkt des Agrarprogramms, der „die



Notwendigkeit des Großgrundbesitzes anerkennt.“ Es heißt nur noch, daß er „im gesunden Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb sich befinden“ soll. Feder gibt auch hier wieder verbindlich für die Gesamtpartei seine Erläuterungen. Er meint in seinem Kommentar wörtlich: „Die riesigen weit abgelegenen Ländereien im Norden und Osten Deutschlands lassen sich nutzbringender im Großbetrieb bewirtschaften als mit Einzelsiedlungen. Die Siedlung gehört im weiten Kranz um die Städte und an die Marken“. Es scheint danach so, als ob Feder glaubt, daß es im „Norden und Osten“ Deutschlands keine Marken, d. h. Grenzgebiete, gäbe. Während doch die Siedlung gerade für die ganzen Ostprovinzen an der polnischen und tschechischen Grenze eine nationale Notwendigkeit ist. Feder aber glaubt, diese nationale Notwendigkeit verneinen zu können mit dem Argument, daß der Großbetrieb „nutzbringender“ sei. Ein charakteristisches Beispiel für den Verrat, den die Nationalsozialisten an den großen politischen Notwendigkeiten des deutschen Volkes üben, sobald sich ihnen eine kleine Schicht wie hier der ostelbische Großgrundbesitz zur Verfügung gestellt hat.

Das übrige Agrarprogramm wimmelt von unerfüllbaren Versprechungen. Staatliche Betriebskredite werden (mit inflatorischen, also wertlosen Kassenscheinen) zur Verfügung gestellt. „Steuerliche Entlastung der Landwirtschaft“ ist im nationalsozialistischen Staat ganz selbstverständlich —, Steuern brauchen vermutlich nur noch die Juden zu zahlen, die man aber ausweisen will oder durch schlechte Behandlung vertreibt. Die Einfuhr soll staatlich geregelt und der angeblich „landwirtschaftsfeindlichen Zollpolitik“ ein Ende gemacht werden. Daß der Staat in der Zollpolitik zugunsten der Landwirtschaft bereits bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was möglich war, wenn man nicht die gesamte deutsche Ausfuhrindustrie ruinieren wollte, wird natürlich verschwiegen. In der Praxis würde das nationalsozialistische Agrarprogramm nur dazu führen, daß die Beleihungsmöglichkeit zerstört und der Gütermarkt vernichtet würde. Einige Getreide produzierende Landwirte würden von der Zollpolitik der Nazis profitieren. Der übrigen Landwirtschaft würde es schlechter gehen als je zuvor.

Der größte Aufstieg des deutschen Bauern fällt in die Zeit von 1870 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914, in der durch Entwicklung der Technik Industrie und Handel einen ungeahnten Aufschwung nahmen und dem Zuwachs von 25 Millionen deutscher Menschen Beschäftigung geben konnten. Diese nunmehr auf die Zahl von 65 Millionen angewachsenen deutschen Menschen brauchten mit steigender Wohlhabenheit immer mehr Nahrungsmittel. Besonders groß war die Zunahme des Verbrauchs von bäuerlichen Veredelungsprodukten. Erst in dieser Zeit entwickelten sich der Absatz und die Preise für Fleisch, Butter, Schweine, Eier stiegen. Die vielen Millionen deutscher Konsumenten, welche zu  $\frac{2}{3}$  in der Industrie und im Handel ihr Brot verdienen, sind und bleiben Voraussetzung für das Wohlergehen des Bauerntums. Der Bauer aber ist gebunden an den Verkauf von tierischen Erzeugnissen, die nur von einer kaufkräftigen städtischen Konsumentenschicht bezahlt werden können. Die Konsumenten in der Stadt bleiben aber nur kaufkräftig, wenn Industrie und Handel Fertigwaren ausführen können. Die deutsche Landwirtschaft kauft nur 15 Prozent der industriellen Erzeugnisse. Die anderen industriellen Fertigwaren müssen ausgeführt oder von den übrigen deutschen Konsumenten gekauft werden. In

Leere Versprechungen

Bauern und Weltwirtschaft

der Landwirtschaft sind von 65 Millionen Menschen nur 14 Millionen — alle Familienangehörigen eingeschlossen — gezählt. Wir brauchen deshalb eine Wirtschafts-, Zoll- und Handelspolitik, die uns den Weltmarkt öffnet, die den Warenaustausch in immer steigender Weise fördert. Dann steigt die Wohlhabenheit des Bauerntums mit der Wohlhabenheit der breiten Konsumentenschichten der Städte. Der Großgrundbesitzer dagegen hat kein Interesse an dieser Entwicklung, da er seine Kartoffeln und seinen Roggen um so besser los wird, je weniger die Konsumenten verdienen, weil sie dann, um zu sparen, an Stelle tierischer Erzeugnisse mehr Brot und Kartoffeln verzehren müssen. Die Nazis wollen die deutschen Grenzen absperrern, uns damit in eine Zwangs- und Hungerwirtschaft schlimmster Art führen, die wir im Krieg erlebt haben. Sie halten Handelsverträge für ein Uebel, da alles, was internationaler Warenaustausch ist, ihnen als jüdisch-marxistisch, als eine Schwächung erscheint. Sie haben von der Notwendigkeit der Verflochtenheit der Weltwirtschaft keine klare Vorstellung. Deshalb muß der deutsche Bauer der schärfste Gegner der Nazis sein. Das Eigentum des deutschen Bauern, seine Scholle, seine Arbeitsstelle, sein Haus und Hof sind nur gesichert, wenn gegen die Nazis eine Zoll-, Wirtschafts- und Handelspolitik getrieben wird, die den Warenaustausch fördert, weil durch Schädigung der Industrie die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt statt zu fallen, weil mit dem vermehrten Hunger das Gespenst des Bolschewismus näher rückt und dann der letzte Bauer davon erfaßt und von seiner Scholle vertrieben wird. Der Nationalsozialismus ist in Wahrheit der Wegbereiter des Bolschewismus und nicht — wie er schreit — sein Ueberwinder.

## VI. Die Rassenfrage.

Besonderes Gewicht legt das Programm auf die Lösung der Rassenfrage. Die Juden dürfen danach nicht Staatsbürger sein. Sie werden, wie schon oben ausgeführt, in ihrer Religionsausübung behindert; sie werden unter Fremdengesetz gestellt und sind mit Ausweisung bedroht. Dabei wird nicht gesagt, wer nun im Sinne des nationalsozialistischen Programms „fremdstämmig“ ist. Die Rassenmischung ist in Deutschland sehr weit vorgeschritten. Die Verbindung von Deutschen und Juden soll zwar nach einem 1930 gestellten Antrag der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion strafrechtlich geahndet werden, aber wie weit geht man mit der Blutsprobe bei Produkten der Rassenmischung aus früheren Generationen? Praktisch würden sich in der Anwendung sehr große Schwierigkeiten ergeben. Es ist auch keineswegs sicher, ob alle nationalsozialistischen Führer und Abgeordnete die Blutsprobe bestehen würden.

Die Rassenforschung hat wissenschaftlich haltbare Ergebnisse bisher nicht zutage gefördert. Sicher ist nur eins! nämlich, daß das deutsche Volk keiner einheitlichen Rasse angehört, sondern in seiner heutigen Zusammensetzung durch die Mischung der verschiedensten Rassen bestimmt wird. Hitler selbst ist ein ausgesprochener Angehöriger der dinarischen (Mittelmeer-)Rasse. Goebbels' Typ mutet außerordentlich bedenklich an; daß er bestimmt keine germanischen Züge trägt, kann schon der Laie ohne weiteres feststellen. Die von den Nationalsozialisten als bevorrechtigt angesehene nordische Rasse macht nur einen ziemlich geringen Prozentsatz des deutschen Volkes aus; unter den nationalsozialistischen Führern ist sie besonders schwach vertreten. Wenn Feder in seinem

Das deutsche Volk—ein Produkt der Rassenmischung

Programmkommentar schreibt, „daß mit dem so stark verbastardierten deutschen Volk auf die Dauer nicht viel zu machen ist“, so beschimpft er damit im Grunde genommen nur sich selbst und seine eigene Partei. Die „Aufnordung“ unseres Volkes“, die er gleichzeitig verlangt, wird schwierig genug sein. Feder läßt sich’s freilich nicht verdrießen und verspricht „unablässige Arbeit“ an dieser Aufnordung. Man kann nur bezweifeln, ob gerade Feders „Arbeit“ besonders zur Hebung der Rasse beitragen würde.

Da ein positives Programm in der Rassenfrage schwer aufzustellen ist, so begnügt man sich vorläufig mit dem ödesten Antisemitismus. Die Rassenhetze macht ja einen wesentlichen Teil der nationalsozialistischen Versammlungsagitation aus. Daß die Führer hier würdig voranschreiten, kann durch zahllose Beispiele belegt werden. Hier nur einige wenige. In seinem „Nazi-Sozi“ schreibt Goebbels wörtlich: „Gewiß ist der Jude auch ein Mensch; aber der Floh ist auch ein Tier — nur kein angenehmes. Da der Floh kein angenehmes Tier ist, haben wir nicht die Pflicht, ihn zu hüten und zu beschützen, damit er uns sticht und peinigt, sondern ihn unschädlich zu machen. Gleich so mit dem Juden“. Dieser Vergleich enthält die unverblümete Aufforderung zum Judenmörder. Nach Rosenbergs Programmkommentar ist der Jude „der Bazillus, der unser Blut und unsere Seele vergiftet“; Juden sind für ihn ohne weiteres „Drohnen und Schmarotzer“, „ein schmarotzendes Wüstenvolk“. Und Feder findet in seiner parteiamtlichen Programmschrift: „Es wäre nicht so schlimm, wenn einmal ein Tschankaishek in Deutschland Ordnung schüfe, als daß ein Jude seinen zerstörenden Rasseneigenschaften in Deutschland freien Lauf läßt“; d. h. also die Blutherrschaft eines mongolischen Chinesen in Europa wäre den Nationalsozialisten lieber als das Verbleiben von Juden, die in einer mehr als tausendjährigen Geschichte in Deutschland heimisch geworden und mit deutschem Wesen verwachsen sind.

Juden-  
verfolgung

Der Nationalsozialismus fordert auch die Vertreibung der Juden aus den Schulen und Hochschulen, aus dem Kulturleben und aus der Presse. Er vergißt, wie große Leistungen Angehörige der jüdischen Rasse gerade auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet in Deutschland vollbracht haben und welche Vorteile das deutsche Volk aus dieser Tätigkeit gezogen hat. Von dem Komponisten Mendelssohn bis zu Professor Haber, der die Stickstoffgewinnung aus der Luft erfand und damit Deutschlands Dünger- und Pulverversorgung gerade vor dem Kriegsausbruch von ausländischer Einfuhr unabhängig machte, von dem geistigen Vater des deutschen konservativen Gedankens Stahl bis zu dem Begründer der Relativitätstheorie Professor Einstein sind ungezählte Leistungen jüdischer Männer dem deutschen Kultur- und Geistesleben zugute gekommen. Das altansässige Judentum hat sich gerade, befruchtet von der deutschen Umwelt, als besonders produktiv erwiesen. Der wüste Antisemitismus, der eine vielhundertjährige Geschichte der kleinen jüdischen Minderheit in Deutschland rückgängig machen will, ist unhistorisch und dumm. Er schädigt das deutsche Volk kulturell und läßt es in aller Welt als barbarisch erscheinen. Daß die Rassenschnüffelei, die der Nationalsozialismus verlangt, im Endeffekt auch gerade Leute der nationalsozialistischen Bewegung treffen müßte, ist daneben nur eine kleine humoristische Pointe. Mussolini, das große Vorbild der deutschen Nationalsozialisten, hat jedenfalls in seinem faschistischen Staat von antisemitischen

Neigungen nicht die Spur erkennen lassen. In seiner nächsten Umgebung sitzen Männer jüdischer Abstammung. Im Wirtschaftsleben hat er jede Tendenz, die ihm bei den italienischen oder amerikanischen Wirtschaftsführern jüdischer Rasse hätte unbequem werden können, peinlich vermieden. Mussolini ist ein großer Staatsmann, seine Nachbeter in Deutschland aber sind nur geistige Kümmerlinge und alberne Schwärmer. Ihre Geistesprodukte können gerade in allem, was die Rassenfrage betrifft, nur als merkwürdige und absonderliche Verirrungen gekennzeichnet werden.

## Unklarheiten.

Die nähere Beschäftigung mit dem nationalsozialistischen Programm beweist, daß die Hitlerbewegung in allen für das deutsche Volk wesentlichen Punkten völlig versagt. Sie drückt sich in den entscheidenden Fragen um klare Antworten herum. Sie strotzt von Widersprüchen. Sie verleugnet um kleiner Tagesvorteile willen ihre Grundsätze. Sie sieht die wichtigsten Probleme nicht, sie weiß nationalpolitisch weder Weg noch Ziel. Sie erkennt nicht die Notwendigkeit eines größeren Zusammenschlusses in Mitteleuropa. Sie übersieht, daß man die Verträge von Versailles und St. Germain nur durch rastlose Fortsetzung der von Stresemann erfolgreich begonnenen Aushöhlungsarbeit beiseitigen kann, nicht aber durch das sinnlose Anrennen eines waffenlosen Volkes gegen die Einheitsfront der Gegner. Der Nationalsozialismus weiß nicht, ob er für den Einheitsstaat oder für den föderalistischen Bundesstaat ist. Er weiß nicht, ob er für die Monarchie oder für die Republik ist. Er nimmt keine Stellung zur Frage staatlichen Aufbaus nach politischen oder nach berufsständischen Gesichtspunkten.

Ein völliges Durcheinander — wir sahen es — herrscht in wirtschaftlicher Beziehung. F e d e r schreibt in seinem Programmkommentar: „Sozialisierung heißt, die Führerpersönlichkeit erschlagen und Materie, Masse an Stelle des Geistes und der Leistung auf den Schild erheben. Für den Sozialismus bedankt sich das deutsche Volk.“ G o e b e l s schreibt in seinem „Nazi-Sozi“: „Grund und Boden, Land und Wälder, die Schätze unter der Erde und über der Erde, alles gehört im Prinzip dem Volk als Gesamtheit. Wir wollen vollen Anteil am Ertrag dessen, was der Himmel uns gab und was wir durch unserer Fäuste und Stirnen Arbeit schufen. Das ist Sozialismus“. Ist die Hitlerpartei also für oder gegen Sozialismus, für Sozialisierung oder für Eigenbetrieb? Ist sie für oder gegen Eigentumsschutz? Ist sie für Planwirtschaft oder für freie Wirtschaft? Ist sie für den Großbetrieb oder für den Mittelstand in Stadt und Land? Ist sie für Bodenreform oder für die Wahrung überlieferter Besitzformen? Ist sie für oder gegen Profit? Sie ist „gegen maßlosen Reichtum“; aber als im Reichstag der Antrag gestellt wurde, alle Vermögen über 500 000 Mark und alle Einkommen über 50 000 Mark, alle Dividenden und Aufsichtsratsantienemen mit einer 20prozentigen Sondersteuer zu belegen, da stimmten die nationalsozialistischen Abgeordneten am 9. Dezember 1930 dagegen.

Sind die Nationalsozialisten für oder gegen L e g a l i t ä t? H i t l e r, der seit seiner Landsberger Festungszeit 1924 sehr ängstlich ist, hat vor dem Leipziger Staatsgerichtshof klar das Bekenntnis zur Legalität abgegeben. G o e b e l s hat im Reichstag erklärt, der W e g, a b e r nicht das Ziel seiner Partei

sei legal. Und Hitlers Rechtsanwalt F r a n c k hat am 9. Februar 1931 im Reichstag die Verantwortung für einen von seinen Anhängern entfesselten Bürgerkrieg ausdrücklich abgelehnt.

Ist der Nationalsozialismus für eine Herrschaft der Starken oder ist er die letzte Zuflucht der Schwachen? R o s e n b e r g proklamiert in der Einleitung zum nationalsozialistischen Programm den Nationalsozialismus als den „Aufruf alles Stolzen im deutschen Volke“, und Goebbels preist im „Nazi-Sozi“ die „Theorie des Machtgedankens gegenüber dem bürgerlichen Klassenstaat“. Das nationalsozialistische Jahrbuch 1931 besingt das „Leben als Kampf und Ringen“. Aber Feder jammert in seinem Kommentar, daß „noch nie ein so grauenvoller Kampf erhört war“ wie augenblicklich und „daß man an die alten Weissagenen dächte“: „Staat, Recht und Sitte zerbrach, Wolfzeit und Beilzeit brach an“. Und er appelliert an die Schwachen, „sie sollten suchen, beim Nationalsozialismus ein Gefühl der Geborgenheit zu gewinnen“; „unter dieser beherrschenden Idee werde aus der heutigen Raubwirtschaft eine reichgegliederte organische Volkswirtschaft entstehen“. Er will allen Deutschen (z. B. mit der Pensionsberechtigung, die er ihnen verspricht) „das Gefühl des Geborgenseins“ wiedergeben.

Also nicht einmal in der Grundhaltung zum Dasein, nicht einmal im Lebensgefühl ist der Nationalsozialismus einheitlich. Einig ist er nur darin: es darf keine Freiheit mehr geben. Wenn irgend etwas die verschiedenen Strömungen des Nationalsozialismus verbindet, so ist es die Abneigung gegen Freiheit und Selbstbestimmung, die Feindschaft gegen die Selbstverwaltung in jeder Form. Gegen die lokale sowohl wie gegen die ständische. Von einer Zentralstelle aus befehlen, das ist das einzige Prinzip, das der Nationalsozialismus kennt. D i k t a t u r einer Partei über die Gesamtheit, eines Mannes über die Partei: von diesem Grundsatz ist die Bewegung ausgegangen, von ihm lebt sie, und mit ihm wird sie fallen.

## Agitation und Organisation.

Wie konnte eine Partei mit so widerspruchsvollem und dürftigem Programm, bei solchem Versagen gegenüber allen bedeutungsvollen Problemen des deutschen Lebens zu einer starken Bewegung anschwellen? Schwere psychologische Fehler deutscher Regierungen und deutscher Parteien haben die Vorbedingungen geschaffen. Daß die Demütigungen, denen das deutsche Volk nach der Niederlage von 1918 ausgesetzt war, und die Tributforderungen der Siegerstaaten gleichfalls eine große Rolle beim Anwachsen des Nationalsozialismus gespielt haben, unterliegt keinen Zweifel. Die Hitlerbewegung ist ein P r o d u k t d e r V e r z w e i f l u n g , nicht des kühlen Abwägens. Aber sie ist in der heutigen Form nicht denkbar ohne ein besonderes System der Organisation und der Agitation.

### 1. Organisation.

Die Organisation beruht auf einem Prinzip, das nicht von Hitler, sondern von dem ersten Verfechter des Nationalsozialismus in Deutschland, von Ferdinand Lassalle, aufgestellt worden war. Lassalle gründete Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts die ersten deutschen Arbeitervereine nach dem Grund-

satz, daß die Führer jeder Stufe nicht von den Mitgliedern zu wählen, sondern von dem Führer der nächst höheren Stufe zu ernennen seien. Daß Lassalle Jude war, hat Hitler nicht verhindert, seine Organisationsform von ihm zu entlehnen.

Mit dieser straffen Zentralisierung ist ein sehr wirksames System geschaffen worden, das in Deutschland im Frühjahr 1931 etwa 300 000 Menschen organisatorisch erfaßt hat und dem in besonderen Sturmabteilungen etwa 30 000 Männer zur Verfügung stehen. Der militärische Wert dieser Sturmabteilungen ist zwar gering, die Disziplin dieser Landsknechte ist schlecht, wie sich bei ihrem Aufstand kurz vor den Reichstagswahlen 1930 zeigte, als sie gewaltsam gegen die politischen Führer mit Streik und Drohungen Lohnforderungen durchsetzten. Für Aufmärsche, Propagandafahrten, Saalschutz stellen sie aber eine schlagkräftige Truppe dar. Daß sie auch für lichtscheue Zwecke in Anspruch genommen werden, hat sich bei der Berliner Polizeiaktion gezeigt, die Mitte Februar 1931 nach der Ermordung zweier Reichsbannerleute durch Nationalsozialisten unternommen wurde; die Sturmabteilungen haben ihre Organisation benutzt, um den Mördern die Flucht ins Ausland zu ermöglichen.

Die nationalsozialistische Organisation verfügt über einen auffallend großen Stab von **b e z a h l t e n F u n k t i o n ä r e n**. Dadurch ist sie zwar in der Agitation besonders leistungsfähig; sie wird aber auch finanziell in hohem Maße belastet, denn die Gehälter der Gauleiter sind sehr beträchtlich, sie betragen\*) — in einer Partei, die sich nicht genug tun kann, gegen zu hohes Einkommen von Ministern und Oberbeamten zu wettern — etwa 1200 Mark monatlich. Dazu kommen seit dem September 1930 für viele Geschäftsführer die Reichstagsdiäten und für manche beträchtliche Nebeneinnahmen aus literarischer Arbeit. Kein Wunder, wenn sich Hitler und Dr. Goebbels daran gewöhnt haben, in elegantesten Mercedeswagen herumzufahren. Kein Wunder auch, wenn dem Junggesellen Hitler nur noch eine vornehme Achtzimmerwohnung neben einem Landhaus im Gebirge genügt. Die Parteizentrale selbst hat 1930 einen Riesenpalast in der Brienner Straße in München bezogen, der über eine Million verschlungen hat (die Reichskanzlei in der Wilhelmstraße zu Berlin kostet nicht mehr!), und die Einrichtung ist im Münchener wie im Berliner Nazi-Büro denkbar vornehm und kostspielig. Der Größenwahn, der die nationalsozialistischen Führer nach ihrem Wahlsieg befallen hat, ist unter anderem auch darin zum Ausdruck gekommen, daß Hitler mit seinen Freunden für seine Rückreise von Leipzig nach der Vernehmung vor dem Staatsgerichtshof einen Sonderwagen gebrauchte. Daß eine Notzeit wie der Winter 1930/31 die Einschränkung der Repräsentationsausgaben gerade bei einer „Arbeiterpartei“ verlangt, auf den Gedanken sind diese „Sozialisten“ offenbar noch nicht verfallen. Es wird aus dem Vollen gewirtschaftet, denn vorläufig bezahlt ja die Masse der Anhänger noch pünktlich den Beitrag, und Sonderspenden begüterter Freunde aus Industrie und Großgrundbesitz kommen hinzu.

## **2. Die Führer.**

Wer ist nun dieser Führer, dem seine Gefolgschaft derartige Extravaganzen nicht übelnimmt? Seit 10 Jahren kennt man seine Reden. Ihn im Handeln kennen

---

\*) siehe Oehme u. Karo, „Kommt das Dritte Reich?“ (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin).

zu lernen, hat man nur einmal Gelegenheit gehabt. 1923, als nach dem Ruhreinzugs der Franzosen und nach dem völligen Zusammenbruch der deutschen Währung alle Voraussetzungen für einen Umsturz erfüllt waren, war Hitler zum Marsch auf Berlin entschlossen. Lächerlich genug setzte er den Termin des Umsturzes genau auf den 9. November an, den Gedenktag der Revolution. Seine Vorbereitungen bestanden aber einzig und allein in der Organisation von Versammlungen. Im Bürgerbräukeller suchte er\*\*) am Abend des 8. November 1923 die Massen mit dem pathetischen Ausruf hinzureißen: „Der Morgen findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot“. Der Morgen sah aber nichts weiter als einen Demonstrationsszug. Auf den wurde von der bayerischen Polizei gefeuert. Dreizehn Anhänger Hitlers lagen tot vor der Münchener Feldherrnhalle, Hitler selbst aber warf sich zu Boden und entfloh dann, so schnell er konnte.

Das also ist der große Führer, der Deutschlands Neubau von Grund auf bewerkstelligen will. Was neben ihm steht, gleicht ihm. Frick, Goebbels, Strasser und wie sie alle heißen — im Reden sind sie gewaltig! Von ihren Taten weiß niemand etwas. Wer im Nationalismus so gewaltig ist, von dem müßte man erwarten, daß er seine Gesinnung auch im Kriege praktisch betätigt hätte. Aber das Frontsoldatentum, auf das sich die Nationalsozialisten allüberall berufen, ist beim engsten Führerkreis Ausnahme. Hitler selbst war viele Jahre an der Front. Aber Frick, der als erster einen Ministersessel von den Nationalsozialisten zugewiesen erhielt und gleichzeitig die nationalsozialistische Reichstagsfraktion führt, saß während des ganzen Krieges — ein Mann in den Dreißigern — am Pirmasenser Bezirksamt warm und trocken in der Heimat. Goebbels, durch einen Geburtsfehler körperlich behindert, ging in die Schule und auf die Universität. Rosenberg, Balte von Abstammung, lebte im feindlichen Ausland und trieb wer weiß welche Politik. Das sind die Führer der Frontsoldaten! Auch der führende Theoretiker der Partei, Feder, ist nicht Kriegsteilnehmer. Aber wenn er wenigstens von den grundlegenden Wirtschaftsfragen etwas verstände! Seine völlige Ignoranz bewies er am schlagendsten, als er am 4. Dezember im Reichstag von der „katastrophalen Entwicklung der deutschen Handelsbilanz sprach, die in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße passiv wurde“, während sie in Wirklichkeit schon im Jahre 1929 mit rund 50 Mill. aktiv war und im Jahre 1930 sogar mit rund 1¼ Milliarden aktiv wurde.

Und was für Männer befinden sich unter den Kandidaten, die der Nationalsozialismus 1930 dem deutschen Volk an führender Stelle präsentierte. Im Wahlkreis Potsdam I war als Spitzenkandidat der Nationalsozialisten der Oberschullehrer H o l t z aufgestellt. Zwei Tage vor den Wahlen mußte er wegen der widerlichsten sexuellen Perversitäten exhibitionistischer Art in Haft genommen werden; er hat sein Mandat nie antreten können. Mehrere Jahre hindurch aber waren Tausende von jungen Menschen ihm, dem nationalsozialistischen Gauführer der Provinz Brandenburg, anvertraut. Im Wahlkreis Halle-Merseburg war der Spitzenkandidat der Gauführer H i n k l e r. Neben zahllosen peinlichen Fragen wegen der unaufgeklärten Verwendung von Geldern, die ihm zu treuen Händen zugeflossen waren, blieb unbeantwortet auch die Frage nach Ursprung und Datum des Offizierpatents und des Eisernen Kreuzes erster Klasse, mit denen er

---

\*\*) Siehe Bericht über den Hitler-Prozeß (Volksverlag E. Boepple, München.)

sch geschmückt hatte. Als Volksschullehrer war Hinkler entlassen, weil die medizinische Fakultät der Universität Halle ihn auf Grund des Paragraphen 51 für unzurechnungsfähig erklärt hatte. Am 20. Januar 1931 mußte Hitler den Hinkler von seinen Parteiämtern suspendieren. Die üblen Prozesse, die der ehemalige Pastor M ü n c h m e y e r aus Borkum zu bestehen hatte, sind weithin bekannt. Münchmeyer schied aus dem Dienst der evangelischen Kirche aus, nachdem er zu abendlicher Stunde ein junges Mädchen seines Sprengels besucht und dabei eine eingehende Untersuchung ihrer Blinddarmnarbe vorgenommen hatte. Tastpastor und Fleischbeschauer! Dies hat nicht verhindert, daß er Spitzenkandidat der Nationalsozialistischen Partei für Hessen und Reichstagsabgeordneter wurde.

Wie kann man sich da noch wundern, daß in der Partei ein Mann wie der Postinspektor Sprenger aus Frankfurt/Main weiter als nationalsozialistischer Beamtenführer auftreten darf? Er hatte sich in den Tagen vom 14. bis 18. Januar 1931 nicht entblödet, Diäten als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost für Sitzungen und sogar für Reisetage in Anspruch zu nehmen, die er in Wirklichkeit, wohl besoldet als Beamter, Doppeldiäter des Reichstages und des preußischen Staatsrats, in Berlin, aber nicht auf Reisen zugebracht hatte! Das ist derselbe Abgeordnete Sprenger, der am 9. Dezember im Reichstag den sozialdemokratischen Beamten zugerufen hatte: „Sie kennen nur eins, das ist die Futterkrippe . . . Jene Hingabe, Dienst am Volk zu tun, ohne Rücksicht auf Geld, ohne Rücksicht auf Einkommen, ist in Ihren Kreisen doch unbekannt“. Nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten werden öffentlich die schwersten Vergehen vorgeworfen; natürlich kann es jeder Partei passieren, daß sich minderwertige Charaktere bei ihr einschleichen. Aber man muß verlangen, daß sie rücksichtslos gegen Unsauberkeiten einschreitet. Stattdessen hat Hitler in einem Erlaß Ende Februar die Mitglieder der SA-Abteilungen damit bedroht, er werde Untersuchungsverfahren einleiten gegen alle, die es wagten, Beschwerden moralischer Art gegen ihre Führer zu erheben. So erklärt es sich, daß so häufig weder eine Klarstellung noch ein Rücktritt der Beschuldigten vom Mandat erfolgt! Korruptionsfälle, in den alten Parteien, die in der Öffentlichkeit mit berechtigter Entrüstung aufgenommen wurden, sind rücksichtslos aufgedeckt worden. Warum verschleiert Hitler Entgleisungen in seiner Gefolgschaft?

280 Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete lagen Anfang 1931 von Seiten der Nationalsozialisten vor. Kein Wunder, daß die von der gesamten Mitte des Reichstages geforderte Aufhebung der Abgeordnetenimmunität, die im nationalsozialistischen Programm als „unsittlich“ bezeichnet wird, von den Nazis nun, wo es sich um die eigenen Führer handelte, plötzlich wütend bekämpft wurde. Herr Stöhr erklärte für die Hitler-Bewegung im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages am 29. Januar 1931 einfach, mit der Beseitigung der „unsittlichen Immunität“ wolle man bis zur Verwirklichung des „Dritten Reiches“ warten.

### **3. Die Agitationsmethoden.**

Der Nationalsozialismus ist volksfeindlich. Seine Führer verachten das Volk. In seiner Selbstbiographie „Mein Kampf“ hat Adolf Hitler das Geheimnis seiner Propagandamethoden enthüllt. „Jede Propaganda“, so heißt es dort — „hat



volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Je bescheidener ihr wissenschaftlicher Ballast ist und je mehr sie ausschließlich auf das Fühlen der Masse Rücksicht nimmt, um so durchschlagender der Erfolg. Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Das Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit so feminin veranlagt und eingestellt, daß weniger nüchterne Ueberlegung als vielmehr gefühlsmäßige Empfindung sein Denken und Handeln bestimmt“. Mit diesem Programm ist die nationalsozialistische Partei in die politische Arbeit eingetreten. Mit ihm hat sie den Wahlsieg vom 14. September erfochten. Geringschätzung der breiten Masse und Ueberheblichkeit ist ihr Leitstern. Sie glaubt nicht an das Volk, sie will es nur benutzen. Auch andere Massenparteien haben grobdrähtige, demagogische Agitation betrieben. Aber sie haben das Volk aufgewühlt, um ein positives Programm zu verwirklichen. Die Nationalsozialistische Partei hat — wir sahen es — kein ernsthaftes Programm. Sie treibt die Agitation um der Agitation willen oder vielmehr, sie will auf dem Wege der Verhetzung und der Volksvergiftung die Macht gewinnen.

Das ist kennzeichnend für die Nationalsozialisten: sie rennen blindlings gegen alles an, was irgendwie Autorität verkörpert. Sie kennen keine Ehrfurcht vor dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, der sogar gezwungen war, im Dezember 1929 gegen Goebbels eine Beleidigungsklage einzureichen, weil er ihn als hilflosen und troddeligen Greis geschildert hatte. Goebbels entblödete sich im Frühjahr 1930 vor Gericht dann nicht, für sich Stimmung zu machen mit der inzwischen als unwahr gekennzeichneten Behauptung, er — Goebbels — sei im Kampfe für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl von den Belgiern ins Gefängnis gesetzt worden. Im nationalsozialistischen Jahrbuch 1931 proklamiert der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Kube, offen den Kampf gegen den Reichspräsidenten. Er fordert „den deutschen Staat gegen Zentrum und gegen Marxismus, gegen Wirth und Severing, gegen Hindenburg und Brüning.“

Daß der Nationalsozialismus aus der Reichswehr einen politisierenden Diskutierklub machen möchte, hat der Leipziger Prozeß im Oktober 1930 bewiesen. Die angeklagten Leutnants forderten das Recht, ihrerseits über die Gesinnung ihrer Vorgesetzten zu Gericht zu sitzen und Befehle auszuführen oder zu verweigern, je nachdem, ob der Kommandeur ihnen national genug erschien oder nicht. Die Nationalsozialisten klatschten dieser Theorie, die das Ende jeder Armee bedeutet, begeistert Beifall. Daß die Polizei vom Nationalsozialismus nicht anders beurteilt wird als von den Kommunisten, ist seit langem bekannt. Der Reichstagsabgeordnete Münchmeyer forderte Anfang 1931 ganz im Bolschewistenstil in einer nationalsozialistischen Versammlung in Düsseldorf die Besucher auf, sich bestimmte Polizeibeamte „zu merken“ — eine besonders verwerfliche Form der Hetze. Die Justiz wird in einem Artikel des nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr im Jahrbuch 1931 als „die willfährige Dirne der Politiker“ bezeichnet. Daß eine Anzahl von Wirtschaftlern nach der Ansicht der Hitlerfreunde ins Zuchthaus gehören, wurde schon oben aus der Rede des Abgeordneten Börger bewiesen. Der Landwirt Dörner, der im

gleichen Jahrbuch seiner Partei für 1931 über „Bauernsendung“ schreiben darf, behauptet, daß „Mischlinge und Bastarde dem Golde dienen und die Schöpferwerte des Blutes arischer Edelmenschen verschachern“. „Das Hemd werden uns die Börsenbanditen noch ausziehen, — so hetzt er — damit wir ihre Sklavenpeitsche fühlen, wenn sich das Arbeitervolk in hündischer Unterwürfigkeit all die Schmach und Schande gefallen läßt“.

Das Deutsche Reich, für das Millionen deutscher Männer kämpften und bluteten, das über den Zusammenbruch hinweg uns erhalten wurde durch Opfersinn und Klugheit, das die Franzosen vergeblich im Ruhrkampf zu vernichten sich bemühten, wird von den führenden Nationalsozialisten im Taumel der Selbsterabwürdigung mit Unflat beworfen. In jedem gesunden Volk achtet auch die Opposition den Staat, selbst wenn sie seine Einrichtungen mit Leidenschaft zu ändern und zu verbessern bestrebt ist. Der kranke Geist der nationalsozialistischen Führer kocht vor Wut, sobald vom Deutschen Reich die Rede ist. „Wo gibt es heute ein Deutsches Reich?“ schreibt Feder in seinem Programmkommentar. „Hat die Kolonie Deutschland Anspruch auf diesen Ehrennamen? . . . Deutschland ist eine Sklavenkolonie. Deutsche werden unterdrückt, ins Gefängnis geworfen, es wird ihnen das Reden verboten, nur weil sie deutsch geblieben sind.“ Das sagen dieselben Leute, die in tausend Versammlungen durch ihre zügellosen rednerischen Ausschreitungen, gegen die sich die Staatsautorität noch lange nicht ausreichend zur Wehr setzt, den inneren Zusammenhalt des Reiches tief erschütterten.

Wie kann man sich da noch wundern, daß der Nationalsozialismus, der alle Autorität zu vernichten unternimmt, das ganze deutsche Volk beschimpft und herabsetzt?! In einer nationalsozialistischen Versammlung in Karlsruhe erklärte Ende Januar 1931 der badische Landtagsabgeordnete Kraft, „wenn wir Frontsoldaten geahnt hätten, welches Gesindel sich in den deutschen Parlamenten herumtreibt, hätten wir nicht länger auf die Franzosen und Engländer geschossen; wir hätten unser Gewehr umgedreht“. Den bürgerlichen Parteien aber, die im sächsischen Landtag trotz allem noch einige Sympathien für die Zusammenarbeit mit den Hitler-Leuten an den Tag legten, warf der nationalsozialistische Abgeordnete Lasch am 29. Januar 1931 das Schmähwort „bürgerliches Lumpengesindel“ ins Gesicht.

In der Tat: Wenn bürgerliche Politiker den Führern dieser Partei die Steigbügel zur Macht hielten, sie verdienen das Schicksal, das Hitler und seine Gefolgschaft ihnen bereiten will. Nationalsozialismus heißt Vernichtung der deutschen Kultur, der deutschen Wirtschaft, des deutschen Staates. Nationalsozialismus heißt Zerstörung aller überlieferten Werte, aller Autorität und dahinter — Chaos. Mit dieser Bewegung gibt es kein Paktieren! Alle positiven Kräfte des deutschen Landvolks, des Bürgertums, der Arbeiterschaft müssen sich zusammentun, um dem trüben Spuk der Hitler-Nachbeter ein Ende zu machen.



(TANTZEN, THEODOR ?):

**Bürger und Bauer erwache ! Gegen die  
nationalsozialistischen Reichszerstörer (Deckeltitel :  
Bürger und Bauer erwache ! Der Freiheit gewidmet) Von  
\*\*\*. (d. i. Theodor Tantzen, Ministerpräsident von  
Oldenburg a. D. ?)**

(Oldenburg), ca. 1931.

31 S. Oktn. Gr.8°

(Nationalsozialismus, Gegner) angestaubt, Einband mit  
Randläsuren.

Artikel-Nr. 8481

[ [→ Artikel löschen](#) ] Preis: EUR 75,00

Artikel: EUR 75,00

Versandkosten: EUR 3,00

**Gesamt: EUR 78,00**

Dort bestellt am 3. April 2006 über [Zentrales Verzeichnis Antiquarischer Bücher](#), Lieferdatum 10. April 2006, eingegangen 15. April 2006. Das genannte Antiquariat hat in Deutschland seinen Sitz in Köln und Essen:

## ANTIQUARIAT STEFAN KRÜGER

Paulinenstr. 15 45130 Essen Tel. 0201/798578 Fax. 0201/8777782

Auf dem Berlich 26 50667 Köln Tel. 0221/2585968

Musikantiquariat: Misterstraat 4-A. 7126 AZ Bredevoort/NL.

Original 24,8 cm x 18,8 cm, geheftet, 32 Seiten + Umschlag aus gelblichem Karton

Layout des Originals (Satzspiegel 18,5 cm x 12,7 cm), Seiten- und Zeilenumbruch sowie Randnotizen wurden erhalten. Impressum s. S. 32. Drei Seiten des Umschlags sind unbedruckt.

Bleistiftnotizen auf Umschlag und Titel vom Vorbesitzer oder Antiquariat. OCR: Dr. Wilhelm Große-Nobis.